

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Avraham Barkai
Die Wirtschaftsauffassung
der NSDAP

Richard Saage
Zum Verhältnis
von Nationalsozialismus
und Industrie

B 9/75

1. März 1975

Avraham Barkai, M. A., geb. 1921, wohnhaft im Kibutz Lehavoth-Habashan in Israel, Dozent für Wirtschaftsgeschichte am Tel-Chai College.

Veröffentlichungen u. a.: Der Austromarxismus zur Nationalitätenfrage, in Baderekh (hebr.), No I, 1967; Hitlerismus oder Nationalsozialismus?, in: Yalkut Moreshet (hebr.), No. VIII, 1968; The Austrian Social Democrats and the Jews, in: Wiener Library Bulletin, London, No 1/2, 1970. Der Beitrag dieser Ausgabe basiert auf der Dissertation über wirtschaftstheoretische und ideologische Grundlagen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die d. Verf. zur Zeit am Institut für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv fertigstellt.

Richard Saage, Dr. phil., geb. 1941 in Tülow-Fahrenhorst (Niedersachsen); Studium der Politikwissenschaft, Sozialgeschichte und Philosophie in Frankfurt am Main und Cambridge, Mass./USA (Harvard University); Promotion 1972 in Frankfurt; seit 1972 Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Zum Begriff der Parteien und des Parlaments bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz, in: Das Argument 50 (1969); Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes, in: Das Argument 58 (1970); Aspekte der politischen Philosophie Fichtes, in: NPL 3/1970; Besitzindividualistische Perspektiven der politischen Theorie Kants, in: NPL 2/1972; Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant, Stuttgart u. a. 1973; Probleme der Sozialgeschichte der amerikanischen Revolution, in: NPL 3/1974; Konservatismus und Demokratie. Zur neuesten Kontroverse über den Konservatismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/74; Friedensutopien des ausgehenden 18. Jahrhunderts (gemeinsam mit Zwi Batscha), in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Bd. IV, 1975.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP

Das nationalsozialistische Regime verdankte es weitgehend dem Erfolg seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen, daß es ihm gelang, sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf den Konsensus eines Großteils der Bevölkerung zu stützen. Massive Staatsintervention und ein bis dahin in Friedenszeiten präzedenzloses „deficit-spending“ (Staatsverschuldung) hoben die deutsche Wirtschaft in weniger als vier Jahren aus der Krise in den Stand der Vollbeschäftigung. Mit diesem ersten „deutschen Wirtschaftswunder“ beschäftigt sich seit Mitte der dreißiger Jahre eine umfangreiche wirtschaftswissenschaftliche Literatur, die sich bemüht, diese Wirtschaftspolitik deskriptiv und analytisch darzustellen. Hierbei konnte sich vor allem die Nachkriegsforschung auf ein beträchtliches, wenn auch durchaus nicht lückenloses Quellenmaterial stützen.

Bei aller Vielfalt ist jedoch die Entstehungsgeschichte der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik bisher nur unbefriedigend geklärt. Wie kam es, daß das nationalsozialistische Deutschland wirtschafts- und vor allem finanzpolitische Wege beschritt, die gegenüber der damals vorherrschenden Wirtschaftstheorie und finanzpolitischen Praxis durchaus revolutionär waren? Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als die bisherige Forschung weithin einmütig konstatiert, daß es keine „nationalsozialistische Wirtschaftstheorie“ gab und daß die NSDAP bei der Machtergreifung auf wirtschaftlichem Gebiet nichts Eigenes oder Neues aufzuweisen hatte. Die Tatsache, daß „Wirtschaftsexperten“ und Ideologen wie Gottfried Feder und Otto Wagener nach 1933 bald in der Versenkung verschwanden, gilt allgemein auch als Beweis dafür, daß auf dem Gebiet der Wirtschaft ideologischen Normen und Zielsetzungen kein wesentlicher Einfluß zugemessen worden sei.

Von dieser Hypothese ausgehend, läßt sich tatsächlich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nur als ein Erfolg rein pragmatischer Improvisation, des „Schacht-Experimentes“¹⁾, oder als eine nur quantitativ bemerkenswerte

Fortsetzung bereits vorher beschrittener Wege erklären²⁾. Hierbei bleiben jedoch sehr wesentliche Fragen offen. Zwar gab es bereits vor 1933 theoretische und auch praktische Ansätze einer aktiven Konjunkturpolitik nicht nur in Deutschland. Die frühen Veröffentlichungen von J. M. Keynes waren in Deutschland bekannt und wurden diskutiert; auch die Arbeiten der deutschen „Reformer“ (Friedländer-Prechtel, Dräger, Wagemann, Lautenbach u. a.) waren in mancher Beziehung bemerkenswert; in der Praxis hatten die Regierungen Papen und Schleicher erste Schritte einer staatlichen „Vorfinanzierung“ von öffentlichen Arbeiten vorbereitet (wobei sie auf beträchtlichen Widerstand aus Wissenschafts- und Unternehmerkreisen stießen). Trotzdem bleibt es ungeklärt, warum erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung diese Vorschläge in großem Maßstab in die Praxis umgesetzt werden konnten. Warum wurden aus der Fülle vorhandener „Rettungspläne“ gerade diese herausgegriffen? Warum wurde es gerade Männern wie Schacht ermöglicht, wirtschafts- und finanzpolitische „Experimente“ durchzuführen, die noch kurz vorher von der Wissenschaft und Wirtschaftskreisen als gefährlich und verantwortungslos verurteilt worden waren?

Kritisch muß auch die weitverbreitete Ansicht betrachtet werden, nach der die wirtschaftspolitischen Erfolge des Dritten Reichs letzthin nur als ein sekundärer, wenn auch propagandistisch wirksamer „Nebeneffekt“ der Aufrüstung zu verstehen sind³⁾. Daß Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von Anfang an die politischen und auch wirtschaftspolitischen Maßnahmen Hitlers motivierten, kann heute kaum noch ernstlich bestritten werden. Nach rein ökonomischen Kriterien kann jedoch die deutsche Wirtschaft bis 1936 weder quantitativ noch institutionell als „Kriegs-

¹⁾ Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 411 ff.; ähnlich auch: Dieter Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33 in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte XV (1967), Heft 1, S. 19—55; Wilhelm Grotkopp, Die Große Krise, Düsseldorf 1954.

²⁾ Vgl. u. a. F. Blaich, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/71; Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918—1945, Opladen 1968, S. 67.

³⁾ Wilhelm Treue u. Günther Frede, Wirtschaft und Politik 1933—1945, Braunschweig 1953, S. 13. René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, S. 177.

wirtschaft im Frieden" bezeichnet werden⁴⁾. Noch wesentlicher ist, daß das wirtschaftstheoretische Novum der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung und ihr Erfolg nicht in dem spezifischen Einsatz der zusätzlichen Mittel, sondern in deren Finanzierung lagen. Diese war die eigentlich revolutionäre unter den wirtschaftspolitischen Maßnahmen seit 1933; sie wird durch die Aufrüstungstheorie allein nicht erklärt.

Die vorliegende Arbeit versucht, die wirtschaftspolitischen Konzepte der NSDAP im Kontext ihrer generellen Ideologie zu untersuchen. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Nationalsozialisten zwar keine eigene detaillierte Wirtschaftstheorie im Sinne eines analytischen Modells hatten, wohl aber eine deutlich definierte und ideologisch bestimmte Wirtschaftsauffassung besaßen. Von dieser ausgehend, wählten sie aus der Fülle der vorhandenen Theorien diejenigen aus, die ihren Anschauungen entsprachen, und damit zugleich diejenigen wirtschaftspolitischen Praktiker, die entweder ähnliche Konzepte vertraten oder schnell genug bereit waren, sich „gleichzuschalten“.

Der Nationalsozialismus war nicht nur ein politischer Machtfaktor, er war auch eine ideologische „Bewegung“. In seinem gesellschaftlichen Gesamtbild hatte er neben „Rasse“, „Volk“ und Staat auch der Wirtschaft einen genau umrissenen Platz zugewiesen. Wenn die nationalsozialistische Machtergrei-

fung und Herrschaft nur aus dem Zusammenwirken der historischen Situation mit ihren politischen Gegebenheiten und der ideologischen Strömungen voll erfaßt werden kann, so trifft dies auch in bezug auf die Wirtschaft zu. Auch hier gaben wirtschaftliche Realia und machtpolitische Zielsetzungen den Ausschlag. Aber ideologische Normen und Postulate haben dabei eine durchaus nicht unbedeutende Rolle gespielt und sollten in ihrem Einfluß nicht unterschätzt werden.

In der Ideologie des Nationalsozialismus trafen sich universelle oder all-europäische Strömungen mit geistesgeschichtlichen Entwicklungen deutscher Tradition⁵⁾. Nach Ansicht des Verfassers konnte auch die Wirtschaftsauffassung der Nationalsozialisten an bestimmte, historisch bedingte Tendenzen im deutschen Wirtschaftsdenken des 19. und 20. Jahrhunderts anknüpfen. Es muß einer umfangreicheren späteren Arbeit überlassen bleiben, diesen historischen und dogmengeschichtlichen Trends im einzelnen nachzugehen⁶⁾. In der vorliegenden Untersuchung soll nur kurz darauf hingewiesen werden, daß dieses bewußte oder unbewußte Anknüpfen an Wirtschaftskonzepte, die vor allem in Kreisen der deutschen Unternehmer und der wirtschaftlichen Ministerialbürokratie traditionell verwurzelt waren, mit dazu beitragen konnte, den neuen Ideen und Maßnahmen in überraschend kurzer Zeit die Unterstützung und willige Mitarbeit dieser Kreise zu sichern.

Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP bis 1930

„Lebensraumimperialismus“ und rassistischer Antisemitismus waren die zwei grundlegenden Konstanten in Hitlers Weltanschauung⁷⁾. Aus ihnen bildete er sich sein Geschichtsbild eines sozialdarwinistischen Lebenskampfes der Rassen und Völker mit dem Recht des Stärkeren als einzig gültigem Existenzanspruch. Volk und Rasse sind der elementare Ausgangspunkt, „Außenpolitik und Wirt-

schaftspolitik (sind) nur Funktionen zur Selbstbehauptung und Erhaltung eines Volkskörpers und werden mithin bestimmt von Faktoren, die in inneren Werten dieses Volkskörpers ihre Wurzeln haben und ihre bestimmende Anweisung erhalten“⁷⁾. Der Staat ist das Organ, daß diese „Funktionen des Volkskörpers“ ausführt, wobei die Politik den unbedingten Vorrang hat. Dies hat Hitler in seiner erst spät entdeckten Denkschrift an Industriekreise ausdrücklich betont: Die Bewegung sieht in der Wirtschaft „nur eine notwendige Dienerin im Leben eines Volkskörpers und Volkstums. Sie empfindet eine unab-

⁴⁾ Wie z. B. R. Erbe, a. a. O., S. 163. S. dazu auch Berenice A. Carroll, *Design for Total War*, The Hague 1968, S. 189 f.; auch: Alan Milward, *The German Economy at War*, London 1965.

⁵⁾ S. dazu: Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln-Berlin 1969.

⁶⁾ Eine ausführliche Studie, die die Beziehungen der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung zu früheren Theorien der deutschen Volkswirtschaftslehre untersucht, wird z. Z. vom Verf. vorbereitet.

⁷⁾ S. dazu: Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Tübingen 1969.

⁷⁾ Entwurf eines offenen Briefs an Reichskanzler v. Papen, als Antwort auf dessen Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München, 12. 10. 1932. (Kanzlei Adolf Hitler, National Archives U. S. A. (forthin NAUSA) Microcopy T-81, Roll 1, frame No. 11448).

hängige nationale Wirtschaft als eine Notwendigkeit, jedoch sie sieht in ihr nicht das Primäre, nicht die Bildnerin eines starken Staates, sondern umgekehrt: der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung geben.“⁸⁾

Hitlers „Lebensraum“ war nicht allein eine außenpolitische Zielsetzung. Gleichzeitig war hier das Idealbild einer kommenden deutschen Wirtschaft vorgezeichnet, in der sich das deutsche Volk „von eigener Scholle ernährt“ und die durch ihre autarke Unabhängigkeit vom Weltmarkt von der „ebenso schrankenlosen wie schädlichen Industrialisierung“⁹⁾ geheilt und krisenfest werden sollte. „Deutschland wendet sich von allen weltindustriellen und welthandelspolitischen Versuchen ab und konzentriert statt dessen alle seine Kräfte, um seinem Volk durch die Zuweisung eines genügenden Lebensraums für die nächsten hundert Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen.“¹⁰⁾

Die Auffassung von der dienenden Stellung der Wirtschaft im Staat unter dem „Primat der Politik“ umschreibt — neben der im Lebensraumkonzept implizierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunftsvision — ziemlich alles, was Hitler zu dieser Zeit zu Wirtschaftsfragen zu sagen hatte. Es kehrt in nur wenigen, auf den jeweiligen Zuhörerkreis zugeschnittenen Variationen in allen überlieferten Äußerungen Hitlers konsequent wieder. Der untergeordneten Stellung der Wirtschaft in seinen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen entsprach durchaus seine bekannte und zugegebene Indifferenz und Ignoranz auf diesem Gebiet. Auch die begeisterte Anerkennung, die Hitler im „Mein Kampf“ den Theorien Gottfried Feders zollte, galt nicht deren wissenschaftlichem Erkenntniswert, sondern vornehmlich ihrer politischen Zweckmäßigkeit: „Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben.“¹¹⁾

In der Tat war Feders Scheidung des „schaffenden“ produktiven Kapitals vom „raffenden“ Finanzkapital die fast geniale Formel,

nach der sich die NSDAP „antikapitalistisch“ geben konnte, ohne dabei diejenigen Wirtschaftskreise zu erschrecken, um deren finanzielle und politische Unterstützung sie warb: „Die Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen.“¹²⁾ Von hier an brauchte man nur noch das „raffende Kapital“ mit der „jüdisch-internationalen Hochfinanz“ zu identifizieren, um die soziale Unruhe breiter Bevölkerungsschichten auf den Antisemitismus abzuleiten.

Feder hat die Wirtschaftsauffassung der NSDAP in den ersten Jahren durch seine Theorien, denen er als Herausgeber der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ einen breiten Platz in der Parteiliteratur sicherte, maßgeblich beeinflusst. Es ist wahrscheinlich, daß er auch der eigentliche Verfasser des Parteiprogramms von 1920 war¹³⁾. Von den „25 Punkten“ dieses Programms behandeln zehn wirtschaftliche Probleme aus der Sicht der damaligen Nachkriegszustände. So z. B. die Forderung der „Einziehung der Kriegsgewinne“ (Punkt 12), die Verpflichtung des Staates, „in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen . . . und Nichtstaatsbürger auszuweisen“ (Punkt 8), und die Forderung der Todesstrafe für „Wucherer und Schieber“ (P. 18). Andere Punkte, wie die Forderung nach Verstaatlichung der Trusts (P. 13) und die Gewinnbeteiligung in Großbetrieben (P. 14) ebenso wie die „Unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ (P. 17), waren Konzessionen an den „Zeitgeist“ der Revolutionsjahre und wurden später, trotz der 1926 erklärten „Unabänderlichkeit“ des Parteiprogramms, entsprechend „interpretiert“. Ausgeprägt mittelständische Forderungen, wie die Kommunalisierung der Warenhäuser und Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei öffentlichen Aufträgen (P. 16), entsprachen der sozialen Herkunft der Gründer und zu dieser Zeit auch des Großteils der Anhänger der NSDAP.

Die sichtliche Irrelevanz dieser wirtschaftlichen Programmpunkte für die nach der Machtergreifung durchgeführte Wirtschaftspolitik gilt oft als Beweis für die These, die der na-

⁸⁾ Henry A. Turner, Hitlers Secret Pamphlet for Industrialists, in: Journal of Modern History, vol. 40 (1968), S. 362.

⁹⁾ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 255.

¹⁰⁾ Gerhard L. Weinberg (Hrsg.), Hitlers zweites Buch, Stuttgart 1961, S. 163.

¹¹⁾ Hitler, a. a. O., S. 209 f.

¹²⁾ Ebenda, S. 212.

¹³⁾ In einem Gespräch vom Dezember 1932 zitiert Feder seinen Brief an Hitler, in dem seine Treue zu dem „von Ihnen sanktionierten und von mir formulierten Programm“ beteuert. (NAUSA, T—81. Roll 1, fr. no. 11322).

tionalsozialistischen Ideologie jeglichen Einfluß auf diese Politik abspricht. Dabei wird übersehen, daß es sich hier um ein *politisches* Programm handelt, daß nur von der aktuellen Situation aus zu verstehen ist und zu einer Zeit abgefaßt wurde, in der nur erste Ansätze der sich herausbildenden Wirtschaftsauffassung vorhanden waren. „Was wir als die Quintessenz der Naziwirtschaft ansehen, die Durchstaatlichung der Wirtschaft, kündigte sich in diesem Programm gar nicht an. Aber sein Geist blieb lebendig und bildete ein entscheidendes Element in der Gestaltung der deutschen Zukunft.“¹⁴⁾ Diese Einschätzung Gustav Stolpers trifft vor allem auf Punkt 3 des Parteiprogramms zu, in dem die Forderung nach „Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ erhoben wurde. Auch hier ist bezeichnend, daß 1920 — also vor der Abfassung von „Mein Kampf“ — von „Kolonien“ und nicht von „Ostraumpolitik“ die Rede ist. Ebenso ist die in Punkt 7 angekündigte Ausweisung aller Nichtstaatsbürger — nachdem Punkt 4 des Programms ausdrücklich den Juden das Staatsbürgerrecht abgesprochen hatte — später zu grausamer Wirklichkeit geworden.

Die in Punkt 11 geforderte „Brechung der Zinsknechtschaft“ war der eigentliche Kern der Federschen Theorien; ihre Skurrilität gilt als weiterer Beweis der völligen Beziehungslosigkeit nationalsozialistischer „Wirtschaftsideen“ zu den späteren Entwicklungen. Tatsächlich wurde dieses — wahrscheinlich von Silvio Gesell übernommene — Schlagwort bis lange nach der Machtergreifung beibehalten, aber inhaltlich auch von Feder selbst im Laufe der Zeit erheblich abgeändert. Von der ursprünglichen Forderung der Abschaffung aller Zinszahlungen¹⁵⁾ ging man bald zur Zinssenkung und „gerechtem Zins“ über und verschob das Schwergewicht immer mehr auf die „Währungs- und Finanzhoheit des Staates“. Anfang der dreißiger Jahre wies Feder zwar noch auf die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und der „Despötie des Leihkapitals“ als „die größte und bedeutungsvollste wirtschaftspolitische Aufgabe, die der nationalsozialistische Staat zu lösen hat“, hin, aber diese Aufgabe, die inhaltlich überhaupt nicht mehr definiert wird, da sie ja aus der offiziellen Parteiliteratur genügsam bekannt sei, erscheint nur noch

als sehr entfernte Zukunftsvision. „In der Übergangszeit wird der nationalsozialistische Staat in maßvoller Weise von seinem Geldschöpfungsrecht Gebrauch machen für die Finanzierung großer öffentlicher Aufgaben und des Wohnungsbaues, im Sinne meiner bekannten Vorschläge (Bau- und Wirtschaftsbank usw.).“¹⁶⁾

Die hier erwähnten Vorschläge Feders sind für die späteren Entwicklungen durchaus nicht belanglos. 1924 hatte er durch Anträge im Mecklenburgischen und Thüringischen Landtag und im Reichstag vorgeschlagen, durch Wechselausgabe einer eigens zu schaffenden „Bau- und Wirtschaftsbank“ brachliegende Produktionsfaktoren zur Behebung der Wohnungsnot zu aktivieren¹⁷⁾. Auch anderweitig regte er an, staatliche Investitionen durch Ausgabe „staatlicher Gutscheine... aus eigener Machtvollkommenheit“ zu finanzieren und sah keinen Grund, „warum der Staat nicht das Geld machen soll... hinter dem... in letzter Linie ausschließlich die Arbeitskraft des ganzen Volkes als Deckung steht“¹⁸⁾. Wenn die finanztechnischen Durchführungsvorschläge Feders den Stempel des autodidaktischen Dilettanten tragen, so war die Grundidee aus der Sicht heutiger ökonomischer Erkenntnisse durchaus nicht „verschoben“. Gustav Stolpers ziemlich vereinzelt dastehende Feststellung, nach der Feder nach der Machtergreifung zwar verschwand, jedoch „Schacht kaum etwas anderes (tat), als Feders Ideen den orthodoxen des bestehenden Geldsystems anzupassen“¹⁹⁾, erscheint durchaus berechtigt, wenn sie auch nicht im Sinne einer direkten „Anleihe“ Schachts bei Feder verstanden werden sollte.

Im übrigen scheint sich der Einfluß Feders schon einige Jahre nach der Parteigründung stark verringert zu haben, er wurde, nicht zuletzt dank seiner Erwähnung im zur Parteibibel gewordenen Buch „Mein Kampf“, sowohl von den Zeitgenossen als auch von der späteren Geschichtsforschung überschätzt. Nach Aussagen Wilhelm Kepplers hatte Feder viele seiner wirtschaftlichen Vorschläge 1930 bereits aufgegeben, da er mit diesen auch in der Partei wenig Anklang fand, und war nur noch als Parteiredner tätig²⁰⁾. Das gleiche

¹⁴⁾ Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft 1870—1940, Stuttgart 1950, S. 144.

¹⁵⁾ Gottfried Feder, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. München 1919 und ders., Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, München 1923.

¹⁶⁾ Gottfried Feder, Kampf gegen die Hochfinanz, München 1934, S. 305.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 155.

¹⁸⁾ Ebenda S. 90, 44.

¹⁹⁾ Stolper, a. a. o., S. 149.

²⁰⁾ Interrogation Wilhelm Keppler by U.S. State Dept., special Interrogation Mission, Sept.—Okt. 1945, (Institut für Zeitgeschichte (forthin: IfZ), MA 1300/2).

bestätigt auch ein Brief Feders an Hitler vom Juli 1930, in dem er sich beschwert, „daß einzelne Gauleiter nun glauben, mir in der unverschämtesten Weise entgegenzutreten (sic)“, und Hitler anfleht, ihm einen Gauleiterposten zu geben²¹⁾. In den späteren überlieferten Äußerungen Hitlers und der anderen Parteiführer findet sich kein Hinweis auf die spezifischen Zinstheorien Feders, obwohl diese in der von Feder selbst herausgegebenen oder verfaßten Parteiliteratur immer noch auftauchen. Man darf daher annehmen, daß die „Wirtschaftsrezepte“ Feders nur am Rande der sich herausbildenden Wirtschaftsauffassung mehr geduldet als vertreten wurden. Da aber an deren Stelle bis gegen Ende 1930 außer politischer Polemik in der Reparationsfrage keine anderen, konkret definierten wirtschaftlichen Gedanken zu finden sind, ergibt sich der Schluß, daß die NSDAP bis zu dieser Zeit nur ein sehr allgemein gehaltenes Wirtschaftskonzept hatte.

Dieses Konzept war, zumindest nach der Strasser-Kontroverse, die auf der Bamberger Tagung von 1926 mit der endgültigen Etablierung der Führerschaft Hitlers endete, keinesfalls ein antikapitalistisches. Um dies deutlich hervorzuheben, wurde im April 1928 dem als unabänderlich erklärten Parteiprogramm eine Erklärung Hitlers angefügt, nach der „gegenüber den verlogenen Auslegungen von seiten unserer Gegner . . . die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht“²²⁾.

Die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung, die somit auf dem Boden kapitalistischer Besitzverhältnisse stand, war jedoch gleichzeitig sehr entschieden und aggressiv antiliberalistisch. Für „Laissez-faire“ und freien Marktmechanismus war hier kein Platz. „Es kommt einzig und allein darauf an“, so Hitler in einem Gespräch mit dem Redakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten 1931, „daß der Grundgedanke im Wirtschaftsprogramm meiner Partei klar herausgestellt wird, und das ist der Autoritätsgedanke. Ich will die Autorität, ich will die Persönlichkeit, ich will, daß jeder den Besitz, den er sich erobert hat, behalten soll, nach dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Nur soll der

Staat die Kontrolle behalten, und jeder Besitzende soll sich als vom Staat Beauftragter fühlen. Er hat die Pflicht, seinen Besitz nicht zum Mißbrauch gegen die Interessen seiner Volksgenossen zu verwenden. Das ist das Entscheidende. Das Dritte Reich wird sich immer das Kontrollrecht über die Besitzenden vorbehalten . . .“²³⁾

Antiliberalismus, Unterordnung der Wirtschaft unter den „Primat“ der gesellschaftlichen und politischen Zielsetzungen des Staates und seiner Kontrolle — dies sind die grundlegendsten Elemente der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung. Daß diese Auffassung nicht originell war und der „zeitgenössischen Vielfalt konservativer Staatsideologien“ entsprach, daß sich auch „später in ihrer nationalsozialistischen Fortbildung die fremden Anleihen erkennen ließen“²⁴⁾, bestätigt nur die Konvergenz nationalsozialistischer mit jung-konservativen Wirtschaftsauffassungen und ist besonders in den letzten Jahren vor der Machtergreifung unverkennbar. Sie entsprang sowohl der wirtschaftlichen und politischen Situation der Endphase der Weimarer Republik als auch dem gemeinsamen geistesgeschichtlichen Nährboden der „Revolution von Rechts“ und äußerte sich nach der Machtergreifung auch in der Bereitwilligkeit eines Teils der jung-konservativen Publizisten, in den Dienst der neuen Herren zu treten²⁵⁾.

Es ist für die hier vertretenen Thesen gleichgültig, ob diese Anschauungen „ausgeliehen“ oder „angeeignet“ waren oder ob sie gleichzeitige Eigenprodukte verwandter Geister waren. Allein wesentlich ist, daß — bei aller Verschiedenheit — sämtliche wirtschaftspolitischen Vorarbeiten innerhalb der NSDAP wie auch ihre praktischen Maßnahmen nach der Machtergreifung auf diesem ideologisch bestimmten Grundgerüst aufbauten.

²¹⁾ Edouard Calic, *Ohne Maske, Hitler—Breiting* Geheimgespräche 1981, Frankfurt 1968, S. 37 f.

²⁴⁾ Gerhard Schulz, in: Bracher, Sauer, Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln-Opladen 1960, S. 392.

²⁵⁾ S. dazu: Hermann Lebovics, *Social Conservatism and the Middle Class in Germany 1914—1933*, Princeton 1969; Klemens von Klemperer, *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1962; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1962.

²¹⁾ NAUSA, T—175, Roll 194, fr. no. 733734—40.

²²⁾ Das Programm der NSDAP, im Anhang zu: Otto Wagener, *Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP*, München 1932.

Nach dem Wahlerfolg vom Herbst 1930 (der Stimmenanteil nahm von 2,6 % auf 18,3 % zu) ging Hitler daran, die NSDAP praktisch auf die Regierungsübernahme vorzubereiten. Zu diesem Zweck wurde bei der Münchener Reichsleitung eigens die Organisationsabteilung II unter Konstantin Hierl gebildet. Innerhalb dieser erhielt die Wirtschaftspolitische Abteilung (WPA)^{25a)}, zu deren Leiter Dr. Otto Wagener ernannt wurde, im Januar 1931 den Auftrag, die wirtschaftspolitischen Ziele der Partei neu zu definieren und praktische Pläne für deren Verwirklichung auszuarbeiten^{25b)}.

Dr. h. c. Otto Wilhelm Wagener (geb. 1888) war ein ehemaliger Generalstabsoffizier und Baltikumskämpfer, Mitbesitzer einer Nähmaschinenfabrik, der in den Jahren 1923/24 wirtschaftliche Vorlesungen an der Handelshochschule in Karlsruhe und an der Universität in Würzburg gehalten hatte. Zur NSDAP kam er erst Ende 1929 durch die Verbindung mit seinem ehemaligen Kriegskameraden v. Pfeffer, dem damaligen Obersten SA-Führer, der ihn zu seinem Stabschef machte. Im Januar 1931 wurde ihm auf Betreiben Gregor Strassers, des damaligen Reichsorganisationsleiters, von Hitler aufgetragen, die WPA zu gründen und zu leiten. Damit war Wagener einer der „neuen Männer“, zu denen auch Walter Darré und

Wilhelm Keppler gehörten, die um die gleiche Zeit von Hitler herangezogen wurden, um wirtschaftliche Fragen zu behandeln. Aus Wageners Bericht und anderen Quellen²⁶⁾ ergibt sich, daß Hitler damals bereits Feders Sachkenntnis für die praktische Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Pläne unzureichend fand. Hinzu kam seine bekannte, bewußt durchgeführte Taktik, durch Kompetenzzwivar und Überschneidungen seine eigene Stellung als letzte Entscheidungsinstanz zu festigen. So bestanden also in den Jahren 1931/33 außer der WPA noch mindestens drei „oberste“ Parteistellen, die für wirtschaftliche Stellungnahmen und Propaganda der NSDAP zuständig waren. Feder blieb Vorsitzender des „Wirtschaftsrates der Reichsleitung“, der allem Anschein und nur selten zu Besprechungen zusammentrat. Diesem gehörten außer Feder noch Werner Daitz, Dietrich Klagges, Fritz Reinhardt, Walter Funk u. a. an. Gleichzeitig war Feder auch Referent in der WPA für Technik und für freie Berufe. Die „Agrarpolitische Abteilung“ unter Walter Darré war von Anfang an nicht Wagener, sondern Hierl und ab Dezember 1932 als Hauptabteilung V direkt Hitler unterstellt²⁷⁾.

Wilhelm Keppler wurde nach eigenen Angaben und anderen Quellen²⁸⁾ Ende 1931 von Hitler vorgeschlagen, der WPA beizutreten. Als er dies ablehnte, wurde er im Frühjahr darauf als persönlicher Wirtschaftsberater Hitlers nach München berufen und bildete somit eine weitere unabhängige Instanz für Wirtschaftsfragen. Seine Aufgabe war hauptsächlich, die Beziehungen zu Industrie- und Wirtschaftskreisen zu pflegen, und gipfelte Anfang 1932 in der Bildung des „Keppler-Kreises“. Keplers Beziehungen zu Himmler begannen schon früh: Bereits 1930 teilte Himmler Darré vertraulich mit, daß Keppler „der kommende Außenpolitiker und Wirtschaftsführer Hitlers sei“; er kommentierte später dessen Berufung nach München, daß Hitler nun den „Quatsch mit den Wirtschaftspolitikern der Partei satt habe. Diese könnten nun quasseln, soviel sie wollten, tatsächlich wolle Hitler aber mit Keppler arbeiten“²⁹⁾.

^{25a)} Die Abkürzung ist hier aus den Aufzeichnungen Wageners übernommen, obwohl sie in den offiziellen Dokumenten der Reichsleitung nicht erscheint. Bei der Reorganisation der Reichsleitung Mitte 1932 wurde die Wirtschaftspolitische Abteilung zur Hauptabteilung IV unter Wagener umbenannt. Diese wurde im September 1932 in die Hauptabteilung IV A (Staatswirtschaft) unter Feder und die Hauptabteilung IV B (Privatwirtschaft) unter Walter Funk aufgeteilt. Zu gleicher Zeit trat Otto Wagener auf Anordnung Hitlers von der Leitung der Wirtschaftspolitischen Abteilung zurück. (BDC, 0.212, S. 184/85.) Die WPA ist nicht zu verwechseln mit dem Wirtschaftspolitischen Amt beim Verbindungsstab der NSDAP in Berlin, das dort bis August 1933 unter Wageners Leitung bestand.

^{25b)} Die folgenden Ausführungen beruhen stark auf den im Institut für Zeitgeschichte, München, aufbewahrten umfangreichen Aufzeichnungen, die Wagener 1945/46 im Gefangenenlager angefertigt hat. Nach Angaben von Herrn Dr. Anton Hoch, dem ich für wertvolle Hinweise verpflichtet bin, hatte Wagener dabei frühere Notizen zur Hand, was vielleicht die sehr detaillierte Darstellung erklärt. Trotzdem sind diese Aufzeichnungen cum grano salis zu benutzen. Es ist fast undenkbar, daß die Schilderung von Ereignissen und Aussprachen, die 15 Jahre zurücklagen, nicht durch spätere Entwicklungen bewußt oder unbewußt „koloriert“ ist. Deshalb wurden hier hauptsächlich diejenigen Sachverhalte angeführt, die durch andere Quellen und Dokumente bekräftigt werden konnten.

²⁶⁾ IZ, Aufzeichnungen Otto Wagener, ED 60; Walter Darré, ED 110.

²⁷⁾ Eine aufschlußreiche neuere Arbeit zur nationalsozialistischen Agrarpolitik ist: J. E. Farquharson, *The NSDAP and Agriculture in Germany 1928—1938*, Ph. D. Dissert. University of Kent, Canterbury 1972.

²⁸⁾ IZ, MA 1300/2, a. a. O.; Darré ED 110, a. a. O.

²⁹⁾ Darré, ebenda.

Die WPA war während dieser zwei Jahre die aktivste Stelle. Ihre Bedeutung liegt weniger im Wert ihres „Produkts“ als in der Tatsache, daß dort in fast täglichem Kontakt mit Hitler und Gregor Strasser wirtschaftliche Probleme diskutiert wurden. Man versuchte, so etwas wie praktikable „blueprints“ für die Zeit vorzubereiten, in der die NSDAP nicht nur Propaganda treiben, sondern regieren sollte. Hierfür stand der WPA ein ständiger Mitarbeiterstab von zehn Referenten zur Verfügung, der darum interessant ist, weil sich hier auch Namen finden, die später eine Rolle spielten, und weil auch akademisch vorgebildete Wirtschaftler, wie Wagener selbst, Adrian v. Renteln oder Ottokar Lorenz dazugehörten. Wagener wollte sich seine Leute „aus der Wirtschaft selbst“ holen; er machte die Parteizugehörigkeit nicht zur Bedingung. Referent für Industrie war Dr. v. Lucke, der beim Flick-Konzern tätig war. Für den Handel zuständig war Cordemann, ein ehemaliger Offizier, der mit einer Enkelin Werner v. Siemens verheiratet war und in Auslandsfilialen der Siemens-Schuckert A. G. gearbeitet hatte, ehe er ab 1931 voll in der WPA beschäftigt wurde.

Neben den ständigen Referaten bildete Wagener verschiedene „Kreise für Prüfung und Studium“ der diversen Gebiete; nach seinen Angaben gelang es ihm auch, namhafte Wirtschaftler und Akademiker heranzuziehen. Prof. Jens Jessen von der Kieler Universität beteiligte sich an der Arbeit des „Studienkreises für sozialwirtschaftliche Probleme“ und am „Kreis für Weltwirtschaft“, dem auch Direktor v. Stauss (Deutsche Bank) und Dr. Fischer (I. G. Farben) angehörten³⁰⁾. Im Laufe der Zeit erweiterte sich der Mitarbeiterkreis der WPA: 1932 wurde eine „Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung“ unter Dietrich Ktagges und eine „Abteilung für Schifffahrt“ unter Werner Daitz gegründet, der gleichzeitig zum Bevollmächtigten der WPA für Norddeutschland ernannt wurde³¹⁾.

Organisatorisch verfügte die WPA über ein Netz von elf „Beauftragten“ für die einzelnen Wirtschaftsgebiete. Sie übermittelte parteiantliche „Anordnungen“ in Wirtschaftsfragen an 44 „Gauwirtschaftsreferenten“ und alle Gauleiter im Reich. Wagener hatte sich außerdem schon 1930 einen „Wirtschaftspolitischen Pressedienst“ geschaffen, der auf ausdrückliche Anweisung Hitlers als einzige parteioffizielle Quelle für wirtschaftliche Veröffentlichungen und Stellungnahmen zweimal

wöchentlich an die gesamte Parteipresse und die Gauleiter versandt wurde. Der Redakteur des Pressedienstes war der etwas in Vergessenheit geratene ehemalige Besitzer und Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Bernhard Köhler, gleichzeitig Referent für „Arbeitsbeschaffung und -vermittlung“ in der WPA und späterer Nachfolger Wagensers als Leiter derselben. Im September 1930 erwarb Wagener im Auftrag der Partei auch die „Essener National Zeitung“, die er unter der Chefredaktion des späteren Reichspressechefs Dr. Dietrich zur „führenden nationalsozialistischen Wirtschaftszeitung“ machen wollte³²⁾.

Aufgabe dieses nach Umfang und Organisation durchaus beachtenswerten Apparats sollte in erster Linie die Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Pläne für die Zukunft, aber auch praktische und propagandistische Gegenwartsarbeit sein. Hierzu gehörte neben der erwähnten Formulierung wirtschaftspolitischer Stellungnahmen die Fühlungnahme mit Wirtschaftskreisen, die sich für die nationalsozialistischen Vorschläge und Auffassungen empfänglich zeigten. Dies gehörte vornehmlich zu den Aufgaben Adrian v. Rentelns, der ab Sommer 1932 stellvertretender Leiter der WPA war³³⁾.

Von der systematischen Tätigkeit der WPA auf diesem Gebiet zeugt ein Rundschreiben Otto Wagensers vom September 1931: „Die Zeit ist gekommen, daß man dem Gefüge der industriellen Verbände zu Leibe rücken kann... Man beginnt dort über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung und insbesondere über unsere Wirtschaftspolitik zu sprechen und zu debattieren.“ Bisher habe zwar immer noch das „Lager, das die liberalistische und kapitalistische Wirtschaftsordnung für die richtige hält“, den Haupteinfluß, da aus ihm die meisten Führer und Syndici hervorgegangen seien. Gerade darum müßte man versuchen, bei Neuwahlen diese „durch Leute unserer Gesinnung zu ersetzen“. Als Mittel dafür nennt Wagener vor allem „Aufklärung“ durch Vorträge etc., aber auch Untergrabung der Stellung „der einzelnen augenblicklichen Führerpersönlichkeiten... dadurch, daß man gewisse Vorgänge der Vergangenheit und Gegenwart aufdeckt...“, nicht nur in bezug auf ihre Tätigkeit, sondern auch in bezug auf die Geldverwaltung“. Dies allerdings mit Vorsicht; so müsse es vermieden werden, „Persönlichkeiten als Juden zu bezeichnen, wenn nicht erwiesen ist, daß es Ju-

³⁰⁾ IZ, Wagner, a. a. O., Heft 4.

³¹⁾ Berlin Document Center (forthin: BDC), Akte REMA, und BA Nachlaß Silberberg, 232, S. 194 bis 98.

³²⁾ IZ, Wagner, a. a. O., S. 1016—1034.

³³⁾ Bundesarchiv Koblenz (forthin: BA), NS 22/11.

den sind oder jüdisches Blut haben". Sich als falsch erweisende Angriffe würden eher das Gegenteil bewirken und „ein Kopfschütteln hervorbringen“³⁴⁾.

Als Informationsquelle über die Arbeiten der WPA sind wir hauptsächlich auf die Aufzeichnungen Wageners angewiesen. Das wenige vorhandene Dokumentenmaterial bestätigt jedenfalls, daß eine lange Reihe ausführlicher Besprechungen, oft mit Hitlers aktiver Beteiligung, stattgefunden hat, in denen sowohl grundsätzliche als auch praktische und aktuelle wirtschaftliche Probleme behandelt wurden. Das wirtschaftstheoretische Niveau ist wie Wageners eigene Arbeiten von einer Banalität und Ignoranz, die die Geduld des Lesers einer harten Probe unterwirft. Jedoch ist vieles für den Stellenwert der Vorarbeiten der WPA in den späteren Entwicklungen durchaus von Bedeutung.

Ein Protokoll „Ergebnis der Besprechungen“ vom 26. November und 1. Dezember 1931³⁵⁾ zeugt von einer systematischen Durcharbeitung der wirtschaftlichen Punkte des Parteiprogramms, wie sie später auch Wagener in seinem 1932 erschienenen „Wirtschaftsprogramm“ vorgenommen hat³⁶⁾. Es ist ein Versuch, die wirtschaftspolitischen Forderungen der NSDAP trotz der „Unabänderlichkeit“ des Programms zeitgemäß zu „interpretieren“. So wurde z. B. zu Punkt 14 (Gewinnbeteiligung in Großbetrieben) „der Gedanke, daß die Gewinne der einzelnen Werke auf die Arbeiter selbst verteilt würden, verworfen“ und beschlossen, „daß niedrige Preise und gerechte Löhne... die beste und allgemeinste Durchführungform einer Gewinnbeteiligung“ sei. In der Frage der Sozialversicherung wurde den Vorschlägen Wageners entgegengetreten, deshalb war bezeichnenderweise „die Entscheidung des Führers einzuholen“. Diese dem Protokoll hinzugefügte Entscheidung erklärte, daß „das Prinzip der Sozialversicherung in der bisherigen Form richtig“ und die von Wagener vorgeschlagene „Sozialsparkasse“, die die Lasten der Sozialversicherung den Arbeitnehmern allein auferlegt, abzulehnen sei. Zur „Regelung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsfragen“ sei ein „Gesetz der Arbeit“ vorgesehen, das zwar alle „einzelnen Festsetzungen den Orts- oder Bezirksgruppen der Fachverbände überläßt“, aber in Streitfällen die Entscheidung eines „Schlichters“ vorsieht. Dieser „entscheidet ohne Abstimmung als Einzelrichter“.

³⁴⁾ BA, NS/22/10.

³⁵⁾ BA, NS/22/11.

³⁶⁾ Otto Wagener, Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP, München 1932.

In diesem Protokoll, einem der wenigen dokumentarischen Beweise für die wirtschaftspolitischen Vorarbeiten der NSDAP vor der Machtergreifung, zeichnen sich einige der später durchgeführten Maßnahmen bereits ab. So z. B. das „Gesetz zur nationalen Arbeit“, die Lohn- und Preiskontrolle und die Institution des Treuhänders der Arbeit. Andere Besprechungen, die von Wagener in seinen Aufzeichnungen in ermüdender Ausführlichkeit beschrieben werden, behandelten fast alle wirtschaftlichen Gebiete. Er selbst eröffnete eine Diskussion mit Hitler, Strasser und dem Münchener Gauleiter Wagner über sein eigenes Konzept der kommenden „Sozialwirtschaft“, das — so Wagener — Hitlers begeisterte Anerkennung gefunden habe. Dies erscheint allerdings fragwürdig, da Wageners detaillierte Vorschläge für die spätere Entwicklung zumeist wenig relevant waren. Der Grundgedanke war eine Beteiligung der Arbeiter an den Betrieben durch allmähliche Überweisung der Besitzertitel an den Staat und die Belegschaft durch ein „Kapitalwandelungsgesetz“. Binnen 10 bis 20 Jahren sollten nur tatsächlich im Betrieb arbeitende Personen im Besitz seines Aktienkapitals sein dürfen. Nichts davon wurde jedoch realisiert.

Überhaupt hat sich Wagener um die wirtschaftlichen Vorarbeiten der WPA nicht durch seine eigenen Erkenntnisse verdient gemacht, sondern dadurch, daß er ihnen den organisatorischen Rahmen schuf. Nach außen hin und in seinen eigenen Augen galt er jedoch zu dieser Zeit neben Feder als der führende Wirtschaftsexperte der NSDAP. Dieser Sachverhalt hat, ganz ähnlich wie im Falle Feders, dazu beigetragen, in der Rückschau die skurrilen Ideen dieser Männer mit den Wirtschaftsauffassungen der NSDAP schlechthin zu identifizieren. Soweit heute aus dem überlieferten Dokumentenmaterial ersichtlich ist, hat der beträchtliche Aufwand der WPA auf dem Gebiet der Vorplanung kaum Früchte gezeitigt. Aber sie hat durch ihr Organisationsnetz die grundsätzliche und praktische Erörterung wirtschaftlicher Fragen in allen Parteischichten gefördert und nach außen Verbindungen angeknüpft, die sich später als durchaus wichtig erwiesen haben.

Wagener und seine Mitarbeiter in der WPA wollten nicht nur Rezepte zur Lösung aktueller wirtschaftlicher Probleme liefern. Sie sahen es als ihre weit anspruchsvollere Aufgabe an, die Grundlagen für das neue nationalsozialistische „volkswirtschaftliche System“ für eine neue Wirtschaftsordnung zu legen. So erhielt z. B. Dietrich Klagges mit seiner Ernennung zum Leiter der „Wirtschaftswissen-

schaftlichen Abteilung" den Auftrag, die „wissenschaftlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung zu erforschen und festzulegen“, eine Wirtschaftstheorie „gegenüber der überkommenen liberalistisch-marxistischen Theorie“ herauszuarbeiten, mit einer nationalsozialistischen Wirtschaftsphilosophie „die wissenschaftliche Grundlage für die organische Wirtschaftsauffassung des Nationalsozialismus und den ständischen Aufbau der Wirtschaft“ und für „ein Wirtschaftsrecht, daß sich aus der philosophischen Grundlage und den Erkenntnissen der Wirtschaftslehre ergeben muß“, zu schaffen. Um diese ‚bescheidene‘ Aufgabe zu erfüllen, sollten alle Parteistellen geeignete Mitarbeiter empfehlen und Beziehungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Instituten angeknüpft werden³⁷⁾.

In den Veröffentlichungen der WPA tritt diese Zielsetzung allerdings nur verhüllt hervor. So etwa, wenn Wagener in seinem im März 1932 veröffentlichten „Wirtschaftsprogramm“ erklärte, daß „heute auch die großen Führer in der Wirtschaft erkennen, daß das heutige Wirtschaftssystem falsch ist und ‚etwas Neues‘ kommen muß“. Man könne allerdings „kein Dogma für die Wirtschaft aufstellen“, sondern nur „die Fehler des alten Systems erkennen und eine neue Wirtschaftsanschauung auf Grund einer neuen Weltanschauung bilden“³⁸⁾. Diese Einschränkung erklärt Wagener in seinen Aufzeichnungen damit, daß sein „Wirtschaftsprogramm“ nur „Stückwerk“ sein konnte, da er alle Themen vermieden habe, „für die uns Hitler Stillschweigen auferlegt hatte“. Tatsächlich war die Veröffentlichung der Wagenerschen Broschüre Thema einer Auseinandersetzung im Wirtschaftsrat, wo vor allem Feder sich der Veröffentlichung widersetzte. Bezeichnend für Feders Stellung war, daß die Broschüre trotzdem herausgegeben wurde, allerdings mit dem nachträglichen Aufdruck: „Nur für den Dienstgebrauch“³⁹⁾.

Das Stillschweigegebot Hitlers betraf nach Wageners Aufzeichnungen alle Besprechungen, die im Rahmen der WPA mit Hitlers Teilnahme 1931/32 stattfanden und das kommende Wirtschaftssystem festlegen sollten. Es wurde von Hitler damit begründet, daß die neue „Sozialwirtschaft“ erst 10 bis 15 Jahre nach der Machtergreifung verwirklicht werden könne, nachdem eine nationalsozialistische „junge Generation herangewachsen sei“. Inzwischen gelte es, „die Wirtschaft nicht zu erschrecken und die Fackel hinter verschlossenen Türen glimmen zu lassen“. Erst nachdem die politischen Ziele voll erreicht seien, könne an den Aufbau des neuen Wirtschaftssystems gegangen werden⁴⁰⁾.

Wohl das interessanteste Dokument dieser Periode ist ein im Berlin Document Center aufbewahrter Entwurf mit dem Titel: „Wirtschaftspolitische Grundanschauungen und Ziele der NSDAP“ vom 5. 3. 1931⁴¹⁾. Das neun Seiten umfassende maschinenschriftliche Original erscheint unter dem Briefkopf der Organisationsabteilung II und ist von Konstantin Hierl unterzeichnet. Im Schlußsatz werden die Empfänger gebeten, „vorstehenden Entwurf einer beabsichtigten Kundgebung der Reichsparteileitung mitzuprüfen“ und formulierte Anregungen bis spätestens 17. März mitzuteilen. Obwohl diese Kundgebung unseres Wissens nie veröffentlicht wurde, ergibt sich sehr bestimmt der Eindruck, daß der „Entwurf“ eine Zusammenfassung der durch die WPA angeregten Diskussion in Parteikreisen ist⁴²⁾.

Aus diesem Entwurf ist ersichtlich, daß der Wagenersche Begriff der „Sozialwirtschaft“ sich nicht durchgesetzt hatte. An seiner Stelle erscheint, wie in anderen internen „working papers“ und Veröffentlichungen, der Terminus „Volkswirtschaft“ in einer deutlich vom sprachüblichen Gebrauch abweichenden Bedeutung: „Für uns Nationalsozialisten ist das Volk der höchste menschliche Organismus auf dieser Erde. Infolgedessen stellen wir auch die *Volkswirtschaft* als Äußerung des

³⁷⁾ WPA, Anordnung No. 12 v. 27. 5. 1932, BA, NS 22/II, 10. Klagges war schon vorher mit Arbeiten hervorgetreten, in denen er versuchte, eine „nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre“ zu entwerfen. So in seiner zuerst 1927 veröffentlichten Schrift „Reichtum und soziale Gerechtigkeit“ (2. Aufl. Leipzig, 1933), deren Ziel — laut Vorwort — die Schaffung einer „sozialen Wirtschaftsregelung im Rahmen der Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung“ war.

³⁸⁾ Wagener, Wirtschaftsprogramm, a. a. O., S. 4.

³⁹⁾ IfZ, Wagener, a. a. O., S. 1902—1912. Diesen Sachverhalt belegt auch das Protokoll der Sitzung d. Wirtschaftsrats v. 27. 4. 1932, (BA, NS 22/11) und Wageners Eingabe an das Parteigericht von 1934, (BDC, OPG—34).

⁴⁰⁾ IfZ, Wagener, a. a. O., S. 652—61 u. 1773 f.

⁴¹⁾ BDC, O. 212, Wirtschaftspolitische Abteilung, S. 175—183. Alle Hervorhebungen im maschinenschriftlichen Original.

⁴²⁾ Dafür spricht eine Reihe von Denkschriften aus dem Besitz von Dr. Albert Krebs, die im Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg aufbewahrt sind (unter „Wirtschaftspolitik“ 9116). Die Exposés Klagges' u. v. Renteln wurden sichtlich von gleicher Hand an Dr. Krebs versandt. Seine eigene Denkschrift ist eine Auseinandersetzung mit Wagener und trägt Krebs' handschriftlichen Vermerk, daß diese abgelehnt und den anderen Referenten nicht vorgelegt wurde.

organischen Volkslebens in den Mittelpunkt aller unserer wirtschaftlichen Betrachtungen. *Wir weisen der Volkswirtschaft die Aufgabe zu, der Erhaltung und Höherentwicklung des Volkstums in biologischer und kultureller Beziehung zu dienen.* Im Anschluß wird die Volkswirtschaft dem „Weltwirtschaftsgedanken“ entgegengesetzt, „der die wirtschaftliche und im weiteren auch die politische Beherrschung aller Völker der Welt durch das Judentum zum Ziele hat“, und andererseits den privaten Einzelwirtschaften übergeordnet: „Die Einzelwirtschaften müssen die organischen Zellen der Volkswirtschaft bilden, sie dürfen nicht zu Fremdkörpern innerhalb der Volkswirtschaft werden.“

Der nationalsozialistischen Rangordnung entsprechend ist die Staatsgewalt der „Träger aller Macht des Volkes... und der oberste Wahrer aller Macht des Volkes“. Hieraus ergebe sich sein Recht und seine Pflicht, in die Wirtschaft einzugreifen: „Der Staat, der die persönliche Freiheit des einzelnen zugunsten der Gesamtheit beschränken... kann, hat auch das oberste Verfügungsrecht über das Volksvermögen und das Recht, in das Wirtschaftsleben regelnd und ordnend einzugreifen, wenn es das Volkwohl erfordert. *Die Volkswirtschaft ist also der Staatskunst untertan.*“

Nach diesen allgemeinen Definitionen der „Volkswirtschaft“ und deren Beziehung zum Staat werden die „Aufgaben einer völkischen Wirtschaftspolitik“ vorgezeichnet. Diese „muß die *Unabhängigkeit der eigenen Volkswirtschaft* vom Ausland und daher die wirtschaftliche *Selbstversorgung* in den lebenswichtigen Bedürfnissen durch die Arbeit des eigenen Volkes auf eigenem Grund und Boden erstreben. *Die Grundlage jeder selbständigen Volkswirtschaft bildet daher die Landwirtschaft...* Die wirtschaftliche Selbständigkeit bildet eine wesentliche Voraussetzung auch der politischen Unabhängigkeit. Sie ist nur dann gewährleistet, wenn der *staatliche Lebensraum* nach Ausdehnung und Beschaffenheit der Volkszahl entspricht. *Diese volkswirtschaftliche Notwendigkeit wird zur außenpolitischen Forderung.*“

Die nationalsozialistische Auffassung der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft ist hier deutlich umrissen: Die Wirtschaft ist dem Staat „*untertan*“ und liefert ihm die wirtschaftlichen Mittel zur Verwirklichung seiner politischen Ziele, und der Staat hat die Aufgabe, durch Ausdehnung des „*staatlichen Lebensraums*“ die materiellen Voraussetzungen für die kommende, im wesentlichen autarke „*Volkswirtschaft*“ zu schaffen. Darüber hin-

aus soll er auch als „*Zuchtmeister zu dieser neuen Wirtschaftsgesinnung... aus einem Haufen selbstüchtiger, streitender Interessenten eine deutsche Wirtschaftsgemeinschaft formen*“. Der Lebensraumimperialismus wird damit zur „*volkswirtschaftlichen Notwendigkeit*“, aber auch zur Vorbedingung einer späteren neuen Wirtschaftsordnung. Wenn diese damit auf eine ungewisse Zukunft verschoben wird, so stellt der Entwurf doch dem Staat die Aufgabe, das kommende System nicht nur erzieherisch, sondern auch institutionell vorzubereiten.

Das Privateigentum und die private Unternehmerinitiative werden ausdrücklich bejaht: „Der Nationalsozialismus erkennt *im persönlichen Eigentum* eine Voraussetzung für das Höherstreben des einzelnen und eine Grundlage der Kultur... Die Möglichkeit freier Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten und der Ansporn durch einen *gesunden Wettbewerb* kommen einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungen zugute“. Die privaten Besitzertitel bleiben unangetastet, nicht jedoch das freie Verfügungs- und Wirtschaftsführungsrecht. Der Besitz gilt, ganz im Sinne früherer Lehren romantischer Wirtschaftsauffassung, als „*usufructum*“ eines unveräußerlichen Volksvermögens: „Der nat. soz. Staat wird aber auch seine Staatsbürger so erziehen, daß sie im Eigentum einen als *erbliches Lehen zu treuen Händen überlassenen Teil des Volksvermögens* erblicken.“ Folgerichtig ergibt sich daraus nicht nur, daß „der nat. soz. Staat in bezug auf die Art des Erwerbs und des Gebrauches des Eigentums *gesetzliche Schranken* setzen wird“, sondern auch seine Aufgabe, eine „*gerechte*“ Verteilung des Volkseinkommens zu gewährleisten: „Für die *Verteilung des Ertrages* der volkswirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit soll der *Wert der Leistung* für die Volkswirtschaft den Maßstab bilden, nach dem ein nat. soz. *Wirtschaftsrecht* *„Jedem das Seine“* zubilligt.“

Die spätere Investitionslenkung, die Preis- und Lohnkontrollen etc. sind hier nur angedeutet, doch zeigt die Formulierung deutliche Spuren früherer Veröffentlichungen und interner Schriften, in denen besonders Dietrich Klagges versuchte, den „*gerechten Lohn*“, „*gerechten Preis und Zins*“ auf Grund des „*Leistungsprinzips*“ als Richtlinien staatlicher Lenkung zu errechnen⁴³⁾.

⁴³⁾ S. Anm. 37. Hier wird mit Begriffen der Arbeitstheorie und unter unverkennbarem Einfluß der marxistischen Wert- und Mehrwertkonzepte versucht, „*gerechten Preis, Lohn und Zins*“ zu errechnen.

Bestimmter und für spätere Maßnahmen noch relevanter sind die Richtlinien für die Durchführung des Führerprinzips in den Betrieben und im Gesamtrahmen des „ständischen Aufbaus der Wirtschaft“. Das „Führer-Gefolgschaft-Verhältnis“ ist bereits vorgezeichnet: „Der Nationalsozialismus spricht auch den Wirtschaftsführern das Recht auf *autoritative Leitung* der Betriebe innerhalb der zum *sozialen Schutze des Arbeitertums* gesetzlich gezogenen Schranken zu.“ Auch die „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ und ihr „ständischer Aufbau“ sind in einer Weise skizziert, die bereits von den Vorstellungen einer mittelständischen oder universalistischen Ständeideologie entschieden abweicht: „Der Nationalsozialismus ist bestrebt, die *organische Entwicklung einer berufsständischen Wirtschaftsordnung zu finden* ... will auch die oberste Führung der Volkswirtschaft durch den Staat *nicht in zentralistischer und bürokratischer Form* ausüben, sondern die Berufsständischen Organisationen in möglichst weitem Umfang zur selbsttätigen Mitarbeit heranziehen.“ Der ständischen Selbstverwaltung werden jedoch gleichzeitig Grenzen gesetzt: „Der nationalsozialistische Staat wird sich allerdings das Aufsichtsrecht und die Möglichkeit tatkräftigen Eingreifens den berufsständischen Organisationen gegenüber wahren. *Nationalsozialistische Volkswirtschaftsführung ... bedeutet die durch staatliche Überwachung und Leitung gewährleistete Herrschaft des völkischen Gemeinschaftsgedankens in der Volkswirtschaft ebenso wie auf allen übrigen Gebieten des Volkslebens.*“ Der Entwurf lehnt es ab, ein „Programm“ aller Einzelmaßnahmen aufzustellen: „Eine erfolgreiche Führung der deutschen Volkswirtschaft ist ... nur möglich durch eine mit *diktatorischer Vollmacht ausgestattete, rücksichtslos durchgreifende Staatsleitung*, die auf dem festen Boden der nationalsozialistischen Grundanschauungen und im Hinblick auf die klaren Ziele der nat. soz. Bewegung die Wahl ihrer Aushilfen *frei von Doktrinarismus* der Entwicklung der Lage anpaßt.“

Dieser unseres Wissens bisher unveröffentlichte Entwurf der Organisationsleitung II ist hier so ausführlich zitiert, weil er nicht nur spätere Entwicklungen vorskizziert, sondern

nen, die als Richtlinien staatlicher Preis- und Lohnüberwachung eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens sichern sollen. Desgl. i. d. oben erwähnten Denkschrift.

auch eindeutig die Existenz einer Anfang 1931 schon klar konzipierten nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung bezeugt. Bezeichnend ist, daß in diesem Konzept Wagners „Kapitalwanderung“ überhaupt nicht, die „Brechung der Zinsnechtschaft“ nur im Zusammenhang mit der „Uneingeschränkten Finanzhoheit des Staates“ und der Forderung einer „scharfen staatlichen Überwachung des Kreditwesens und der Verstaatlichung der maßgebenden Kreditinstitute“ erwähnt wird.

Außerdem ist der Entwurf, ebenso wie andere und auch spätere Arbeiten der WPA, dadurch bemerkenswert, daß in ihm ein Programm der Arbeitsbeschaffung fehlt. Zu einer Zeit, in der es bereits über drei Millionen Arbeitslose gab, hatten die NSDAP und ihre Wirtschaftspolitische Abteilung zu diesem brennend aktuellen Problem tatsächlich nur wenig und für die späteren Maßnahmen Belangloses zu sagen. Ottokar Lorenz, Referent für Sozialpolitik bei der WPA, hatte in seiner 1932 veröffentlichten Broschüre „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“⁴⁴⁾ außer Arbeitsdienst und Importeinschränkungen als Heilmittel nur noch Ostsiedlung und Vorstadtansiedlung Erwerbsloser zu bieten, wobei für die Finanzierung dieser Projekte lediglich progressiv gestufte „Opfer“ der Bevölkerung vorgesehen waren. Das oben erwähnte Protokoll der Besprechungen der WPA Ende 1931 sah als Mittel der Arbeitsbeschaffung nur „planmäßige Einschränkung der Frauenarbeit ... und Einführung der Arbeitsdienstpflicht ...; im übrigen wird die Arbeitslosigkeit behoben durch die Wiederbelebung der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft und des Handels, die wir durch unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen herbeiführen werden“⁴⁵⁾. Otto Wagners zeigte sich in seinem Wirtschaftsprogramm vom Frühjahr 1932 noch optimistischer, wenn er in einer „Kaufkraftserhöhung“ durch Preissenkungen die Möglichkeit sah, „in wenigen Monaten ... die Zahl der Arbeitslosen auf die Hälfte, auf ein Drittel zu verringern“⁴⁶⁾. Dies änderte sich jedoch plötzlich und überraschend mit der Reichstagsrede Gregor Strassers vom 10. Mai 1932 und der darauffolgenden Veröffentlichung des ihm zugeschriebenen „Sofortprogramms“.

⁴⁴⁾ Ottokar Lorenz, Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Berlin 1932.

⁴⁵⁾ BA, NS 22/11, a. a. O., S. 11.

⁴⁶⁾ Wagners, Wirtschaftsprogramm, a. a. O., S. 92.

Die Reichstagsrede Gregor Strassers vom 10. Mai 1932 erregte allgemeines Aufsehen durch die erste Proklamierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms durch öffentliche Aufträge⁴⁷⁾. Kurz danach wurden diese Vorschläge als „wirtschaftliches Sofortprogramm“ der NSDAP veröffentlicht⁴⁸⁾. Die Entstehungsgeschichte dieses Sofortprogramms ist bisher nicht völlig geklärt, doch ist wahrscheinlich, daß der als verantwortlich zeichnende Dr. Adrian v. Renteln die schriftliche Abfassung vorgenommen hat. Von Renteln, offiziell lediglich stellvertretender Leiter der WPA, galt auch als persönlicher Referent und „ghost-writer“ Gregor Strassers in Wirtschaftsfragen und hat in dieser Funktion Kontakte zu führenden Wirtschaftskreisen gepflegt^{48a)}.

Die Bedeutung des „Sofortprogramms“ liegt nicht in der Originalität oder Neuigkeit der dort vertretenen Ideen. Der Gedanke direkter Arbeitsbeschaffung durch staatliche Großarbeiten und deren Finanzierung durch staatliche Kreditausweitung wurde damals in den sogenannten Reformkreisen viel diskutiert und in Form praktischer Vorschläge auch der Regierung vorgelegt⁴⁹⁾. Der Leiter des Statistischen Reichsamts, Prof. Ernst Wagemann, und Wilhelm Lautenbach, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, hatten bereits gleiche Gedanken in die ministerielle und auch öffentliche Diskussion gebracht. Robert Friedländer-Prechtl hat in seinem schon 1931 erschienenen Buch eine großzügige, durch Kreditausweitung finanzierte öffentliche Arbeitsbeschaffung gefordert und bemerkenswerte Anregungen, nicht nur für den Arbeitsdienst, sondern auch für den Bau von Au-

tobahnen gegeben⁵⁰⁾. Die grundsätzlichen wirtschaftstheoretischen Ansätze finden sich bei Friedländer-Prechtl schon in einer 1926 erschienenen Broschüre⁵¹⁾. Der Lübecker Industrielle Heinrich Dräger hatte im Herbst 1931 zusammen mit Dalberg und Wilhelm Grotkopp in Berlin eine „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft“ gegründet, die durch Vortragsabende und persönliche Kontakte versuchte, dem Gedanken der „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ zum Durchbruch zu verhelfen⁵²⁾. Auch der vom Gewerkschaftskongreß im April 1932 angenommene Plan der Arbeitsbeschaffung, nach seinen Verfassern Woytinsky, Tarnow und Baade, „WTB-Plan“ genannt, wies in die gleiche Richtung⁵²⁾.

Trotzdem ist das Sofortprogramm auch heute noch beachtenswert, weil es sich von allen wirtschaftspolitischen Äußerungen der NSDAP am meisten mit den nach der Machtergreifung durchgeführten Maßnahmen in Beziehung setzen läßt. Dies trifft aber nicht nur auf seinen ersten Teil, das eigentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm, sondern auch auf den zweiten und umfangreicheren Teil „Allgemeine Wirtschaftsmaßnahmen“ zu. So fordern

⁴⁹⁾ Robert Friedländer-Prechtl, *Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosenkrise und deren Bekämpfung*, Leipzig 1931.

⁵¹⁾ Ders. *Chronische Arbeitskrise, ihre Ursache und ihre Bekämpfung*, Berlin 1926.

⁵²⁾ Drägers Schrift gleichen Titels erschien fast gleichzeitig mit dem „Sofortprogramm“ im Juni 1932 in der v. Gottfried Feder herausgegebenen „N.S. Bibliothek“, obwohl Feder und Dräger in ihren Vorworten betonten, daß Dräger kein Nationalsozialist sei. Der Kontakt Drägers mit Strasser, Feder und von Renteln hat jedoch, nach eigenen Angaben Drägers, schon früher in einer Reihe längerer Unterredungen begonnen. Sicher ist, daß Drägers Arbeit z. Z. der Reichstagsrede Strassers und der Verfassung des Sofortprogramms bei Feder im Druck lag, und dieser erwähnte sie als eine demnächst erscheinende „sehr interessante Studie über die Methoden produktiver Kreditschöpfung“ zu der ihm „Prof. Wagemann ... seine fast hundertprozentige Übereinstimmung“ ausgedrückt habe. (NAUSA, T-81, Roll 1, fr. 11510.) Der direkte Einfluß der Studiengesellschaft geht aus dem Textvergleich des Sofortprogramms mit Drägers Schrift unzweifelhaft hervor. Davon zeugt schon der Terminus „produktive Kreditschöpfung“, den Dräger aus einem Artikel von Prion aus dem „Bank-Archiv“ vom Februar 1932 übernommen hatte, und die Übereinstimmung des statistischen Materials. Wahrscheinlich ist dies der wahre Zusammenhang des Sofortprogramms mit den Vorschlägen Robert Friedländer-Prechtl's. Dräger hat seine Vorschläge nach eigener Aussage in enger Zusammenarbeit mit Friedländer-Prechtl entwickelt und betrachtet sich als eine Art „Popularisator“ und Fortsetzer von dessen Ideen.

⁵³⁾ Im Anhang zu Grotkopp, a. a. O., S. 352 ff.

⁴⁷⁾ Gregor Strasser, *Arbeit und Brot*, Reichstagsrede vom 10. Mai 1932, München 1932.

⁴⁸⁾ *Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP*. Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, München 1932.

^{48a)} Dies nach Aussage von Herrn Dr. Heinrich Dräger, Lübeck, in einem Gespräch mit d. Verf. vom 7. 5. 1974. Auch die folgenden Ausführungen stützen sich teilweise auf Aussagen Dr. Drägers, dem d. Verf. für viele Hinweise und besonders auch für die Überlassung einer umfangreichen Materialsammlung aus seinem Privatarchiv zu Dank verbunden ist.

Daß v. Renteln wahrscheinlich der Verfasser des Sofortprogramms ist, geht auch aus einem Brief des Geschäftsführers des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Herle, v. 9. 9. 1932 ziemlich eindeutig hervor. (BA, Nachlaß Silverberg, 232, S. 194.)

⁴⁹⁾ S. dazu: Grotkopp, a. a. O., S. 100 ff., Kroll, a. a. O., S. 411 ff.

z. B. die Richtlinien für die Handelspolitik, „den Bedarf des deutschen Volkes weitestgehend durch Eigenerzeugung zu decken, bei allem zusätzlich erforderlichen Rohstoffbezug aber befreundete europäische Staaten zu bevorzugen, insbesondere insoweit sie bereit sind, für die Abnahme ihrer Rohstoffe durch Deutschland industrielle Fertigwaren aus Deutschland zu beziehen“⁵³⁾. Dies ist nicht nur eine Wiederholung des Autarkiegedankens, sondern auch die Vorskizzierung dessen, was im September 1934 im „Neuen Plan“ Schachts durchgeführt wurde. Ähnliches trifft auf die Forderungen einer lückenlosen staatlichen Devisenbewirtschaftung (S. 18) und eines „Kapitalfluchtgesetzes“ (S. 20) zu.

Für die Bank- und Kreditpolitik stellt das Sofortprogramm „als Vorbereitungsmaßnahme zur Verstaatlichung des Bankwesens“ ein „Aufsichts- und Eingriffsrecht des Staates und eine Berichterstattungspflicht der Banken an den Staat“ in Aussicht, wie es im wesentlichen im Reichsgesetz über das Kreditwesen vom Dezember 1933 verwirklicht wurde. Weiter hat „die staatliche Preiskontrolle dafür zu sorgen, daß grobes Abweichen vom gerechten Preis hintangehalten wird“. Eine Reihe detaillierter Vorschläge hat ganz offensichtlich ihren Ursprung in der „Agrarpolitischen Abteilung“ Darrés und wurde vielfach später im „Reichsnährstand“ und dessen Marktordnung verwirklicht. Auch die Forderung, industrielle Neuinvestitionen genehmigungspflichtig zu machen und möglichst zu unterbinden, fand ihren Niederschlag in den diesbezüglichen Verordnungen zum späteren Zwangskartellgesetz vom Juli 1933.

Auf keinen Fall kann jedoch das Sofortprogramm als ein scharfer Wendepunkt der wirtschaftspolitischen Ansichten der NSDAP angesehen werden. Es schöpfte, besonders in seinem zweiten Teil, beträchtlich aus den Vorarbeiten der WPA und der Agrarpolitischen Abteilung Darrés und überging dies auch im eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht. Die Vorschläge Ottokar Lorenz' für eine großangelegte Ansiedlung wurden in das Sofortprogramm aufgenommen und dessen Veröffentlichung, neben Strassers Reichstagsrede, als einziger Literaturhinweis angeführt. Ein aufmerksamer Vergleich der früheren Arbeiten und besonders des Entwurfs der Organisationsabteilung II mit dem Sofortprogramm erweckt den Eindruck, daß die Nationalsozialisten offenbar nur außerhalb der eigenen Reihen diejenigen realisierbaren wirtschaftspolitischen Pläne fanden, die in ihr Gesamtkonzept

paten. Staatsintervention und Staatsinitiative, staatliche Kontrolle und Direktiven entsprachen durchaus ihren antiliberalistischen Vorstellungen von den gegenseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat. Selbst die Idee einer staatlichen „Kreditschöpfung“ lag nicht weit von ihnen, bisher allerdings nur nebelhaften Vorstellungen von der „Währungs- und Finanzhoheit“ des Staates. Wenn Gottfried Feder den Drägerschen Begriff „produktive Kreditschöpfung“ mit seinem eigenen „Federgeld“ gleichsetzte und darin den „geistigen Durchbruch . . . meiner seit 13 Jahren vertretenen produktiven Kreditschöpfungstheorie“ sah, so war dies vom rein finanztechnischen Standpunkt aus überheblich, aber grundsätzlich durchaus nicht unberechtigt.

Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen des späteren „deficit-spending“⁵⁴⁾ sind außerhalb der NSDAP entwickelt worden; bei dem allgemeinen Niveau ihrer Wirtschaftsexperten war dies auch nicht anders zu erwarten. Daneben bestand auch ein sehr einschneidender Unterschied: Die meisten Vertreter dieser neuen Gedanken und Vorschläge sahen diese als vorübergehende Notstandsmaßnahmen einer Krisensituation an, als Mittel einer „Initialzündung“, nach deren Erfolg die Wirtschaft wieder sich selbst überlassen werden konnte. Den Nationalsozialisten war dagegen das „Primat der Politik“ im Sinne eines ständigen Staatsdirigismus ein ideologisch bestimmtes Grundelement ihrer gesamten Staats- und Wirtschaftsauffassung. Neben dem „Lebensraum“ beherrschte es, wenn auch anfangs nur in sehr allgemeinen Begriffen, alle wirtschaftspolitischen Verlautbarungen der Partei. Erst während der Beschäftigungskrise kam später Bernhard Köhlers „Recht auf Arbeit“, das Postulat der Vollbeschäftigung, hinzu und blieb seitdem die dritte Konstante der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung. Vielleicht war es nicht nur der wirtschaftstheoretischen Unzulänglichkeit zuzuschreiben, daß die Wirtschaftsexperten der NSDAP so lange zum aktuellen Problem der Arbeitslosigkeit wenig zu sagen hatten. Sie sahen in ihr einen Auswuchs des bestehenden Wirtschaftssystems, das es durch ein neues zu ersetzen galt, „und wenn die Fehler des alten Systems beseitigt werden, wenn nationalsozialistisches Denken an ihre Stelle tritt, dann schwindet die Arbeitslosigkeit und die Deckung des vorhandenen Bedarfs setzt die Wirtschaft in Gang“⁵⁵⁾.

⁵⁴⁾ Feder, Arbeitsbeschaffung, NAUSA, T—81, Roll 1, fr. 11510.

⁵⁵⁾ Wagener, Wirtschaftsprogramm, a. a. O., S. 92.

⁵³⁾ Sofortprogramm, a. a. O., S. 17.

Schlußbemerkung

Die Existenz einer klar definierten, ideologisch bestimmten Wirtschaftsauffassung der NSDAP beweist an sich noch nicht, daß die Wirtschaftspolitik nach der Machtergreifung als programmgemäße Durchführung einer vorkonzipierten „nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“ aufzufassen ist. Den Stellenwert der ideologischen Grundeinstellung im Gesamtkomplex realwirtschaftlicher Entwicklungen und machtpolitischer Zielsetzungen nach 1933 zu bestimmen, würde weit über den Rahmen der vorliegenden Arbeit gehen. Es fehlen dafür auch noch viele wirtschaftswissenschaftliche Detailstudien über die verschiedenen Gebiete. So gibt es bis heute noch keine umfassende Arbeit über die Banken im Dritten Reich, obwohl schon ein flüchtiger Blick auf das vorhandene statistische Material beweist, daß bis 1936/37 die Großbanken, bei allgemeinem Wirtschaftsaufschwung, einen Rückgang des Geschäftsvolumens und der Profite verzeichneten⁵⁶⁾. Oder um ein anderes Beispiel zu nennen: Wenn auch der Einfluß der Ideologie nicht mit dem Einfluß der

⁵⁶⁾ S. dazu: Günter Keiser, Strukturwandel der Bankbilanzen, in: Bank-Archiv, Jg. 1939, S. 236 ff.; auch: Timothy W. Mason, Zur politischen Relevanz historischer Theorien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/72.

Partei auf wirtschaftspolitische Entscheidungen gleichzusetzen ist, so wäre doch eine eingehende Untersuchung ihrer praktischen Einflußnahme auf diesem Sektor nicht nur im Reich, sondern auch auf Gauleiterebene sehr aufschlußreich.

Eine tiefgreifende Untersuchung der institutionellen Veränderungen in der deutschen Wirtschaftsordnung ab 1933, nicht nur des berufsständischen Aufbaus, sondern auch der Lohn- und Preiskontrolle sowie der Investitions- und Kapitalmarktordnung, müßte auch die Bedeutung der Aufrüstung in eine richtige Perspektive stellen. „Lebensraum“ und „Primat der Politik“ konnten als ideologisches Etikett der Mobilmachung der Wirtschaft für den kommenden Krieg dienen, aber ihre grundsätzliche Bedeutung ist damit nicht erschöpft. Wenn die deutsche Wirtschaft in den ersten Jahren nach der Machtergreifung nach rein ökonomischen Kriterien noch keine Kriegswirtschaft war, so war sie gleichzeitig auch mehr als dies. Sie war der Versuch, eine neue „krisenfeste“ Wirtschaftsordnung zu schaffen, die dem deutschen Volk auf Kosten einer „Neuordnung Europas“ das „Recht auf Arbeit“ sichern und die Diktatur auch auf dem Gebiet der Wirtschaft zum „tausendjährigen“ Dauerzustand machen sollte.

Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Industrie

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine Analyse des deutschen Faschismus¹⁾ unvollständig bleiben muß, wenn sie die Rolle der Großindustrie bei dessen Aufstieg und während seiner Herrschaft nur peripher behandelt. Um so mehr fällt, wie ich meine, die Tatsache ins Gewicht, daß die Erforschung dieses Problembereichs noch immer in seinen Anfängen steckt²⁾: Dieter Petzinas Feststellung aus dem Jahr 1966, daß „das Verhältnis Hitlers zur deutschen Industrie vor und nach 1933 . . . noch heute eines der umstrittensten und ungeklärtesten Probleme der jüngsten deutschen Geschichte (ist)“³⁾, trifft nach wie vor zu. Gerade dieses empirische Defizit⁴⁾ vorausgesetzt, erscheint es mir legitim, eine kritische Bestandsaufnahme des derzeitigen Forschungsstandes zu versuchen. Daß die sozialgeschichtlich orientierten Arbeiten, die diesem Bericht zugrunde liegen, nur angemessen zu diskutieren sind, wenn der theoretische Rahmen, den sie bewußt oder unbewußt unterstellen, mit berücksichtigt wird, muß nicht eigens betont werden. Im ein-

zelnen kommt es diesem Aufsatz darauf an, exemplarisch drei Forschungsrichtungen darzustellen, in deren Umkreis sich, soweit ich sehe, die Faschismus-Diskussion heute zentral bewegt. Zunächst sind anhand der Arbeiten von Stolper, Lochner, Treue, Turner jr. und Schulz die Ansätze herauszuarbeiten, die eine systematische Beziehung zwischen Faschismus und Kapitalismus leugnen. Im Anschluß daran wird die sowjetmarxistische Konzeption, die von einer strukturellen Identität zwischen Monopolkapital und Faschismus ausgeht, am Beispiel der Untersuchungen von Eichholtz, Czichon und Gossweiler zu rekonstruieren sein. Schließlich ist auf die von Hallgarten, Schweitzer, Sohn-Rethel und Petzina vertretenen Ansätze einzugehen, die zwar einen „Primat der Politik“ über die Wirtschaft im sog. „Dritten Reich“, behaupten, gleichzeitig aber an einem strukturellen Zusammenhang zwischen den Interessen der Großindustrie und der Errichtung bzw. Konsolidierung des faschistischen Herrschaftssystems in Deutschland festhalten.

I. Das kontingente Verhältnis von Faschismus und Großkapital

1. Industrie und Nationalsozialismus vor 1933

Es ist sicherlich kein Zufall, daß Forschungsansätze, die von einem historisch kontingenten Verhältnis^{5a)} zwischen Faschismus und

Kapitalismus ausgehen, gewollt oder ungewollt auf eine Apologie der Rolle der Großindustrie im „Dritten Reich“ hinauslaufen. Der Faschismus erscheint dann als bloßer „Betriebsunfall der Geschichte“, der im wesentli-

¹⁾ Z. Z. arbeite ich an der Rekonstruktion der verschiedenen Theorie- und Forschungsansätze im Hinblick auf die Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie des Verhältnisses der NSDAP zur Großindustrie, zu den Mittelschichten und zur Arbeiterschaft. Die Studie, die den Arbeitstitel „Faschismus und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland“ trägt, wird demnächst in der vom Verlag C. H. Beck herausgegebenen „Schwarze Reihe“ erscheinen.

²⁾ Angesichts dieser Forschungslage ist es in der Tat erstaunlich, wenn in einer neueren Arbeit konstatiert wird: „Während heute nahezu jedes empirische Detail faschistischer Bewegungen und Systeme in mehr oder weniger gründlichen Spezialstudien analysiert oder zumindest beschrieben worden ist“, sei andererseits festzustellen, „daß das wissenschaftliche Interesse an einer Theorie, einer Erklärung des Faschismus, . . . seit Ende des zweiten Weltkrieges zurückgegangen zu sein scheint“ (Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Fa-*

schismus, Frankfurt 1972, S. 17). Demgegenüber muß eingewandt werden, daß hier offensichtlich ein Sachverhalt auf den Kopf gestellt wurde: Schon ein flüchtiger Blick auf den Stand der Forschung macht deutlich, daß die Faschismus-Diskussion heute nicht an einem theoretischen, sondern an einem empirischen Defizit krankt, und zwar eindeutig zum Nachteil der Theorie, die sich, da weitgehend abgeschnitten von konkreten sozialgeschichtlichen Bezügen, zunehmend gegenüber ihrem eigentlichen Korrektiv, der Empirie, verselbständigt.

³⁾ Dieter Petzina, *Hitler und die deutsche Industrie* — Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht, in: *GWU* 17 (1966), S. 482.

⁴⁾ Vgl. hierzu neuerdings Helga Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus*. Eine Kritik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974.

^{5a)} „Kontingente“ meint in diesem Zusammenhang, daß eine systematische Beziehung zwischen der Großindustrie und der Errichtung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nicht besteht.

chen aus zwei Gründen geschehen konnte: Er wird entweder als eine Variante des Sozialismus dargestellt, der es gelang, das „freie Unternehmertum“ seiner Kontrolle zu unterwerfen, oder aber es steht der politische Zwang im Vordergrund, der die Industriellen zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten trieb, nachdem diese zur Massenpartei geworden waren. So hatte schon wenige Jahre nach dem Ende der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg gegen führende Repräsentanten der deutschen Industrie Gustav Stolper nicht nur jeden strukturellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus verneint, sondern gerade die Modifizierung des privatkapitalistischen Systems, durch Monopolbildung bzw. dessen „Sozialisierung“ durch zunehmende Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess während der Weimarer Republik als den entscheidenden gesellschaftlichen Kontext behauptet, innerhalb dessen der Nationalsozialismus entstehen konnte: „Nicht daß die deutschen Industriellen Nationalsozialisten, Militaristen, Kriegshetzer gewesen wären, machte es Hitler so leicht, die Herrschaft über die deutsche Industrie und Finanz zu gewinnen. Die Staatskontrolle über Industrie und Finanz in einem engmaschigen, haltbaren Netz war schon längst eingebürgert, und dieser Umstand machte die deutsche Wirtschaft so abhängig von jeder Regierung, die ihre Macht mit Entschlossenheit ausnützte. Hitler brauchte bloß auf den Knopf zu drücken, um die Organisation wie ein Uhrwerk in Gang zu setzen. Die Organisation und der Knopf waren ihm von der Republik bereitgestellt worden.“⁴⁾

Daß der Kapitalismus nicht mit der Entstehung des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden könne, war auch für Louis P. Lochner eine ausgemachte Sache. Einerseits interpretierte er den Aufstieg der NSDAP als Resultat der dämonischen Suggestivkraft Hitlers, der sich die Industriellen genau so wenig hätten entziehen können wie andere Schichten. Andererseits ging Lochner davon aus, daß die Großindustrie von allen Bevölkerungsschichten am wenigsten für den Aufstieg der NSDAP verantwortlich gemacht werden könne: diese sei eine autonome, vor allem vom Mittelstand und Teilen der Arbeiterschaft getragene Bewegung gewesen, mit der die Industrie sich habe arrangieren müssen, nachdem die Nazis zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen waren. Jedenfalls müsse davon ausgegangen werden, „daß die

Finanzhilfe der Industrie Hitler nicht den Schlüssel der Schlüssel lieferte, der ihm das Tor zur Macht aufschloß. Welches Ausmaß die Nazisubsidien auch gehabt haben mögen, ausgeschlossen erscheint, daß sie auch nur einigermaßen an die Summen heranreichten, welche die Nationalsozialisten laufend von den Massen der Bevölkerung... erhoben. Ausgeschlossen erscheint auch, daß diese Subventionen der Bedeutung der Zahlungen gleichkamen, welche die Industrie an andere politische Parteien gelangen ließ.“⁵⁾ Demgegenüber zeichnete gleichfalls Mitte der fünfziger Jahre Hallgarten ein wesentlich kritisches Bild über das Verhältnis Hitlers zur Großindustrie vor 1933. Er kommt nämlich zu der bemerkenswerten Einsicht, „daß die Schwerindustrie einfach durch ihre Existenz und soziale Natur die Bewegung verursachte oder doch wenigstens dazu beitrug, sie zu verursachen, und nachdem sie einmal auf der Welt war, versuchte, sie für die Zwecke der Industriellen einzuspannen“⁶⁾.

Dieser tendenziell kritische Ansatz, der den, wenn auch in der Sicht Hallgartens gescheiterten, Versuch großindustrieller Kreise, Hitler zu ‚instrumentalisieren‘, zur entscheidenden analytischen Perspektive erhebt, ist von Wilhelm Treue und Henry Ashby Turner im Rahmen der neueren Forschung nicht weiter verfolgt worden. Beide heben hervor, daß der Aufstieg des Nationalsozialismus zwar mit der Weltwirtschaftskrise generell, nicht aber mit bestimmten gesellschaftlichen Klassen in Zusammenhang gebracht werden könne. Zwar macht Treue eine spezifische wirtschaftspolitische Interessenlage nach dem Scheitern der Präsidialkabinette für die Zusammenarbeit der Industriellen mit der NSDAP verantwortlich. Gleichwohl kann auch bei ihm von einer strukturellen Beziehung zwischen den Reproduktionsschwierigkeiten des deutschen Kapitalismus Ende der zwanziger Jahre und der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht die Rede sein. Einerseits hebt er nämlich die „unpolitische Haltung“ der Großindustriellen hervor, die es verhindert hätte, die wahren, d. h. gegen die Interessen der Industrie gerichteten Intentionen der Nationalsozialisten zu durchschauen. Dieses „Versagen“ sei aber im übrigen auch bei anderen gesellschaftlichen Gruppen zu beobachten gewesen. Beispielsweise hätten sich die Gewerkschaft-

⁴⁾ Louis P. Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955, S. 144.

⁵⁾ George W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt 1955, S. 119.

ten „noch bis zum 2. Mai 1933 in der Hoffnung auf die Bildung einer mächtigen Einheitsgewerkschaft unter der Leitung der alten Funktionäre bereit“ gezeigt, „mit dem Nationalsozialismus zu paktieren“⁷⁾. Andererseits ist Treue bestrebt, spezifische Klasseninteressen der Großindustrie, die politisch hätten relevant werden können, überhaupt zu leugnen. Für eine differenzierte Betrachtung des Verhältnisses der Industrie zu Hitler, so lautet seine methodologische Option, sei es notwendig, „die Gruppe oder Schicht der Unternehmer auf(zu)lösen in Individuen und diese als solche in ihrem eigenen Lebenskreis (zu) betrachten“⁸⁾.

Daß das Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus kontingent sei — also nicht bestehend —, versucht mit großer Vehemenz auch Henry Ashby Turner anhand detaillierter Einzelstudien zu erhärten. Zwar konstatiert Turner, daß die deutschen Großunternehmer der Weimarer Republik skeptisch gegenüberstanden, weil sie deren Selbstverpflichtung zu Wohlfahrtsmaßnahmen und den Einfluß, den die SPD in Preußen ausübte, genau so ablehnten wie die Einführung von Zwangsschlichtungen bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Dennoch stellten Turner zufolge Repräsentanten der Großindustrie wie Thyssen und Kirdorf, die offen mit den Nationalsozialisten sympathisierten, Ausnahmen dar. Die Wirtschaft als Ganzes habe im Reichspräsidentenwahlkampf 1932 überwiegend auf der Seite Hindenburgs gestanden, während sie in der Reichstagswahl 1932 das Kabinett Papen unterstützten. „Hätte Geld politische Macht kaufen können, wäre auf die Republik Papens ‚Neuer Staat‘ gefolgt, und nicht Hitlers ‚Drittes Reich‘. Aber der Versuch, Geld in Wählerstimmen zu verwandeln, erwies sich als ein niederschmetternder Fehlschlag.“⁹⁾

Wenn überhaupt Geld an die Nationalsozialisten gezahlt wurde, wie im Falle Flicks und der IG Farben, dann sei dies nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie mit dem Ziel geschehen, die Nationalsozialisten an die Macht zu bringen: „Während Flick und die IG Farben so etwas wie eine politische Versicherung für den Fall einer nationalsozialistischen Machtübernahme abschließen wollten, versuchten andere, der nationalsozialistischen Bewegung eine andere Richtung zu geben. Sie

hofften dies zu erreichen, indem sie ‚vernünftigen‘ und ‚gemäßigten‘ Nationalsozialisten Geld gaben, um deren Position zu stärken und dann die wirtschaftlich und sozial radikalen Tendenzen zu schwächen, die stets das größte Hindernis einer Zusammenarbeit zwischen Großindustrie und Nationalsozialismus waren.“¹⁰⁾ In diesem Zusammenhang müsse auch die Funktion des Keppler-Kreises¹¹⁾ gesehen werden. Er habe nicht primär als Kanal für Spenden an die Nationalsozialisten gedient, sondern ein Gremium dargestellt, das versuchte, die Parteien zu einer konservativen Wirtschaftspolitik zu „bekehren“. Erst als dies gescheitert sei, hätten die Industriellen einen Umschwung zugunsten Hitlers vollzogen. Alles in allem könne man bestenfalls wie im Falle Thyssens und Kirdorfs von einem „indirekten“ Beitrag eines Teils der Industriellen am Aufstieg Hitlers ausgehen.

Die hier kurz skizzierten Interpretationsansätze, die — mit Ausnahme der Arbeit Hallgartens — sich nicht nur um eine für die Industrie verharmlosende Deutung ihres Verhältnisses zu Hitler, sondern auch um den Nachweis der strukturellen Nichtidentität von Faschismus und Kapitalismus bemühen, sind in der Literatur nicht unwidersprochen geblieben. So ist zu Recht gegen Stolpers Identifizierung von Sozialismus und Faschismus argumentiert worden, daß eine solche Betrachtungsweise, die letztlich auf eine völlige Exkulpation der deutschen Industrie hinauslaufe, „die strukturellen Wandlungen der deutschen Wirtschaft von der freien Konkurrenz des 19. Jahrhunderts zu den Konzernen und Kartellen des 20. Jahrhunderts mißachtet“¹²⁾. In der Tat kann nur, wer diesen Strukturwandel übersieht, behaupten, die Monopolbildung einerseits und die zunehmenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft andererseits seien primär gegen das „freie Unternehmertum“ gerichtet gewesen und hätten ein antikapitalistisches Klima erzeugt, das die Nationalsozialisten an die Macht brachte, zumal die Monopolbildung ja gerade als das Resultat freier unternehmerischer Betätigung angesehen werden muß.

Aber auch Lochners These ist wenig überzeugend. Einerseits impliziert seine Behauptung, Hitler habe durch seine Suggestionskraft nicht wenige Industrielle „manipuliert“, eine

⁷⁾ Wilhelm Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: GWU 17 (1966), S. 495.

⁸⁾ A. a. O., S. 506.

⁹⁾ Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 19.

¹⁰⁾ A. a. O., S. 22.

¹¹⁾ Zur kontroversen Einschätzung des Keppler-Kreises vgl. einerseits Turner, a. a. O., S. 24 ff., und andererseits Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1972, S. 28 ff.

¹²⁾ Dieter Petzina, Hitler und die deutsche Industrie, a. a. O., S. 490.

wissenschaftlich unhaltbare Personalisierung, die nicht weniger als Stolpers These Zusammenhänge mehr verdunkelt als aufhellt. Andererseits ist seine Annahme, die Nationalsozialisten seien allein durch ihre Wahlerfolge zur Macht gelangt, nicht haltbar, zumal für Hitler spätestens seit 1923 klar war, daß er nur im Bündnis mit den traditionellen Oberschichten das faschistische Herrschaftssystem errichten konnte.

Die neueren Untersuchungen von Treue und Turner sind kaum weniger problematisch. Sie kranken ebenso wie die Arbeiten von Stolper und Lochner vor allem daran, daß sie sich mit der Konstatierung der subjektiven Schuld bzw. des subjektiven Irrtums einzelner Industrieller begnügen. Diese personalisierende Interpretationsperspektive hindert sie daran, die entscheidende Frage zu stellen, „ob es Ende 1932 noch Industriellen-Gruppen gab, die wirksam Alternativlösungen propagierten, und ob es damals — nach Jahren der Wirtschaftsdepression — überhaupt noch Interessengruppen gab, die der Großindustrie an Mitteln gewachsen oder überlegen waren und daher noch mehr Anteil als diese am Siege Hitlers haben konnten“¹³⁾.

In der Perspektive dieser Fragestellung muß in der Tat sowohl Turners als auch Lochners These von der politischen Impotenz des Geldes als problematisch gelten. Zu Recht betont Radkau, daß sich der Einfluß des Kapitals auf die Politik nicht nur auf kurzfristig-direktem, sondern auch auf langfristig-strukturellem Wege realisieren kann. Letzteres sei in dem Augenblick der Fall, wo „schließlich alle Alternativen zum Nazismus abgeschnitten oder paralysiert wurden, auch wenn der Nazismus selbst in seiner konkreten Erscheinungsform nicht den Köpfen der Industriellen entsprungen war“¹⁴⁾. Zwar ist es richtig, daß Turner im Nationalsozialismus „unleugbar ein Kind des kapitalistischen Systems“¹⁵⁾ sieht. Er fügt aber sofort einschränkend hinzu, diese Feststellung habe nicht viel Gewicht, zumal andere kapitalistische Gesellschaften ein ähnliches Phänomen nicht hervorbrachten und außerdem Kommunismus und liberale Demokratie dem gleichen kapitalistischen System entstammten. Nach meiner Ansicht werfen diese Formulierungen schlaglichtartig ein grelles Licht auf den methodologischen Ansatz der hier diskutierten Autoren: Der Auflösung des Gesamtgeschehens in isolierte Einzelaspekte

entspricht der Rekurs auf organologische Kategorien (der Nationalsozialismus als „ein Kind des kapitalistischen Systems“), die am Ende „den historischen Prozeß und Gesamtzusammenhang... so sehr zum leeren Einerlei“ verwandeln, „daß der Forscher sich immer wieder in Details flüchten muß, um noch etwas klarer zu erkennen“¹⁶⁾.

2. Industrie und deutscher Faschismus an der Macht

Der Versuch der hier referierten Autoren, die Großindustrie — von einigen atypischen Ausnahmen abgesehen — von jeder aktiven Beteiligung an der Etablierung des faschistischen Herrschaftssystems zu entlasten, hat seine Entsprechung in der Anwendung der sog. *identifizierenden Totalitarismustheorie* auf das Verhältnis von Großindustrie und NSDAP während des „Dritten Reiches“. Die entscheidende Aussage dieser Totalitarismustheorie besteht bekanntlich darin, „daß faschistische und kommunistische totalitäre Systeme grundsätzlich gleichartig sind“¹⁷⁾. Ihre Übereinstimmung wird gemessen an folgenden Strukturmerkmalen, die das Wesen des Totalitarismus ausmachen sollen, nämlich „einer Ideologie, einer einzelnen Partei, die im typischen Fall von einem Mann geleitet wird, einer terroristischen Polizei, einem Kommunikationsmonopol, einem Waffenmonopol und einer zentral gelenkten Wirtschaft“¹⁸⁾. Darauf, daß die Totalitarismustheorie aufgrund ihrer einseitigen Betonung formaler Übereinstimmungen zwischen Kommunismus und Faschismus von den sehr verschiedenen gesellschaftlichen Inhalten beider Systeme abstrahiert, ist oft zu Recht hingewiesen worden. Abgesehen davon, daß sie „eine Ordnung vom Typus der historischen *Erziehungsdiktatur* mit einer Form geschichtlicher *Beharrungsdiktatur*“ gleichsetzt, vernachlässigt sie offensichtlich „die besondere gesellschaftliche Trägerschaft, de(n) Unterschied zwischen Privateigentum und Gemeineigentum an den Wirtschaftsmitteln und den tiefere(n) soziale(n) Zweck jeweiliger Machtausübung“¹⁹⁾.

Wie bewährt sich nun aber dieses Theorem, wenn es als analytischer Rahmen für die Be-

¹³⁾ Joachim Radkau, *Industrie und Faschismus*, in: NPL XVIII (1973), S. 260.

¹⁴⁾ A. a. O.

¹⁵⁾ Turner, a. a. O., S. 32.

¹⁶⁾ Radkau, *Industrie und Faschismus*, a. a. O., S. 260.

¹⁷⁾ C. J. Friedrich, *Das Wesen totalitärer Herrschaft*, in: *Der Politologe*, Nr. 20 (1966), S. 43.

¹⁸⁾ A. a. O., S. 47.

¹⁹⁾ Werner Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts*, Frankfurt 1967, S. 17.

stimmung des Verhältnisses von Industrie und Faschismus im Dritten Reich verwandt wird? Die Grundtendenz dieses Ansatzes bringt Gerhard Schulz auf den Begriff, wenn er schreibt, der Nationalsozialismus an der Macht habe sich schrittweise die Ökonomie unterworfen und „die Sphäre der Autonomie der Wirtschaft beseitigt“²⁰⁾, indem viele Wirtschaftszwecke durch einen einzigen substituiert worden seien, nämlich durch den der „totalen Mobilmachung“ für den „totalen Krieg“. Der Tendenz des Totalitären, die auf eine „Aufhebung des Privaten und Regie des Öffentlichen“ hinauslaufe, konnte die Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus nur jeweils soweit entgehen, „als ihre weitere Durchsetzung mit der Zerstörung der Produktionskapazität verbunden gewesen wäre. Sie erfaßte nicht nur die überlieferten Daseinsformen, sondern auch die bestimmenden Produktionsbedingungen und damit die Lebensbedingungen des deutschen Volkes und unterwarf sie der Diktatur“²¹⁾. Eine Grenze der Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft über die Wirtschaft sei lediglich durch das Gebot „eines gesicherten Mindestwohlstandes der Volksmassen“ gesetzt worden, „der den Nationalsozialisten, nachdem sie ihren Nutzen aus der Wirtschaftskrise gezogen hatten, bis in die spätere Kriegszeit hinein als unaufgebbare Voraussetzung ihres totalen Staates galt“²²⁾.

Die Ursache dafür, daß die Gleichschaltung der Industrie angeblich „total“ war, erblickte Gustav Stolper in einem „System konzentrierter wirtschaftlicher Machtpositionen“, das er, wie bereits ausgeführt wurde, als die wichtigste gesellschaftliche Voraussetzung für die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus ansah: „Dieses System hatte sich als willkommene und brauchbare Handhabe für Hitler erwiesen. Es half ihm, rasch mit seiner Gleichschaltung voranzukommen. Die Nazis brauchten bloß die demokratischen Elemente in diesem System — wie Wahl der Verwaltungsorgane — durch ihr ‚Führerprinzip‘ zu ersetzen, das heißt, durch Ernennung der Leiter, denen die Unterebenen, jetzt ‚Gefolgschaft‘ genannt, bedingungslosen Gehorsam schuldeten. Viele nahmen die neuen Grundsätze willig an, andere wurden einfach hinaus-

geworfen und verloren ihre Stellung, wenn nicht ihr Leben.“²⁴⁾ Gegenüber dieser zentral gesteuerten „Gleichschaltung“ sei „die Frage, ob das Eigentum an den Produktionsmitteln in privaten Händen blieb, . . . völlig bedeutungslos“²⁵⁾. Stolper sah das Wesen dieser „Kommandowirtschaft“ gerade darin, daß „die IG Farbenindustrie und die Vereinigten Stahlwerke . . . in jedem Sinn ebensowenig privat (waren) wie die Sowjet-Trusts. Die ausführenden Organe aller Industrien waren sowohl formell wie tatsächlich ausführende Organe der Partei.“²⁶⁾ Daß das planwirtschaftliche System in Deutschland sich von den sowjetrussischen Verhältnissen bestenfalls graduell, nicht aber qualitativ unterschied, glaubte er durch folgende „Fakten“ bestätigt zu sehen: „Die Anordnungen kamen von der Regierung; Preise, Löhne und andere Kosten wurden von ihr bestimmt; sogar die Produktionsmethoden wurden mit Billigung der Regierung gewählt und oft von ihr vorgeschrieben. Mit anderen Worten, von der durchgreifenden Kartellisierung zur Sozialisierung [à la Nazi] war nur ein kurzer Schritt, und dieser Schritt wurde auf kurzem Wege gemacht.“²⁷⁾

Freilich ist Stolpers Identifizierung von Faschismus und Stalinismus wenig überzeugend. Wenn er beispielsweise schreibt, ab 1936 sei die gesamte „durchorganisierte Planwirtschaft“ auf ein einziges Ziel ausgerichtet gewesen, nämlich die forcierte Aufrüstung, dann geht er offenbar von der irrigen Annahme aus, die ökonomische Aktivität der Großindustrie im Dritten Reich sei einer totalen Militarisierung unterworfen gewesen. Diese These läßt sich angesichts der Resultate der neueren Forschung keineswegs halten. Sowohl Alan S. Milward²⁸⁾ als auch Dieter Petzina²⁹⁾ wenden sich dagegen, die wehrwirtschaftliche Orientierung des Vierjahresplans einseitig in den Vordergrund zu stellen. Abgesehen davon, daß die Preisgestaltung Angelegenheit der Privatwirtschaft blieb, kann Petzina zeigen, daß der Vierjahresplan eine ganz andere Struktur hatte als der sowjetische Fünfjahresplan. Im nationalsozialistischen Deutschland könne nämlich zu keinem Zeitpunkt von einer zentralen Planwirtschaft die Rede gewesen sein. Vielmehr stelle der Name „Vierjahresplan“ eine Schablone dar, hinter

²⁰⁾ Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen 1960, S. 672.

²¹⁾ Ebd.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ Stolper, a. a. O., S. 225.

²⁴⁾ A. a. O., S. 225 f.

²⁵⁾ A. a. O., S. 226.

²⁶⁾ Ebd.

²⁷⁾ Ebd.

²⁸⁾ Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945, Stuttgart 1966.

²⁹⁾ D. Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.

der „sich eine Reihe von Sonder-Programmen und Institutionen verbargen, die zumeist ... nichts mehr miteinander zu tun hatten“³⁰⁾.

Nicht weniger problematisch ist es, wenn Lochner im Sinne des Totalitarismustheorems argumentiert, den von Hitler „erpreßten“ Industriellen sei als Gegenleistung für ihre Subventionen keineswegs die ihnen versprochene Privatinitiative garantiert worden. Im Gegenteil: Sie seien von der Gleichschaltung genau so betroffen worden wie der letzte Briefmarkensammler und Taubenzüchterverein auch: „Der gleiche Hitler, der vor den Führern der Wirtschaft gepredigt hatte, daß die Werte der Persönlichkeit und die Initiative des einzelnen den ‚Kollektivismus‘ der Weimarer Republik ersetzen müßten, forderte nun noch lauter, daß alle Wege des Daseins nur einer einzigen Richtung zu folgen, jedwede Tätigkeit nur einem einzigen Kodex zu gehorchen hätte: der Richtung und dem Kodex der Nazis. Die Gleichschaltung kannte keine Ausnahmen.“³¹⁾ „An allen Fronten vom Totalitarismus eingekreist“³²⁾, vermochte Lochner zufolge ab „1942 und 1943 . . . ein Unternehmer oder ein Arbeiter kaum viel anderes mehr zu tun, als mit den Wölfen zu heulen und die unabänderlichen Umstände tunlichst erträglich zu gestalten“³³⁾. Die Unternehmer hätten keine Sonderstellung angesichts der monolithischen Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus im Dritten Reich gehabt. „Die blitzartige Geschwindigkeit, mit der Hitler die Machtstellung seiner Person und seiner Bewegung ausbaute, brachte die Elite der Unternehmerschaft genauso aus dem Gleichgewicht wie die Männer anderer deutscher Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten.“³⁴⁾

Wohin das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 führte, ist für Lochner angesichts der Instrumentalisierung dieses Gesetzes im Dienste des Totalitarismus klar: „die nationalsozialistische Gleichschaltung zerstörte die Voraussetzungen des unternehmerischen Liberalismus“³⁵⁾. Gleichzeitig ist sie Lochner zufolge auch der Grund dafür, daß es zu einem geschlossenen Widerstand der Industrie gegen Hitler nicht kam. Dies habe daran gelegen, „daß sich alles in allem nur die mächtigsten und im Rufe höchster Prominenz stehenden Wirtschaftskapitäne den Luxus leisten konnten, Hitler offen herauszufordern . . . Gegen den Terror der totalen Staats-

maschinerie ist kein Kraut der Opposition gewachsen, das sich verzweifelt regt und als solches an der Oberfläche erscheint.“³⁶⁾ Die deutsche Industrie, so kann man Lochners These zusammenfassen, muß von jeder aktiven Mitwirkung am Nationalsozialismus freigesprochen werden, weil auf ihr die „Faust der absoluten Diktatur . . . nicht weniger schwer als auf anderen Bereichen des deutschen Lebens lastete“³⁷⁾.

Aber auch diese Variante des Totalitarismustheorems muß als widerlegt gelten. Sowohl Schweitzer³⁸⁾ als auch Petzina³⁹⁾ können nachweisen, daß die Großindustrie relativ unversehrt aus der Gleichschaltung hervorging. Die Übernahme des Führerprinzips durch die Großindustrie schwächte keineswegs ihre Autonomie, sondern trug im Gegenteil erheblich zu ihrer Stärkung bei, weil die industriellen Interessenverbände nun optimal koordiniert waren und nach außen geschlossen auftreten konnten.

Angesichts dieser Zusammenhänge geht Wilhelm Treue denn auch nicht mehr bei seiner Bestimmung des Verhältnisses von Industrie und NSDAP vom Gleichschaltungstheorem aus. Trotz aller antikapitalistischer und ständromantischer Parolen seien die Kartelle nicht nur beibehalten, sondern in einem Maße gestärkt worden, „daß die privatwirtschaftliche Marktbeherrschung gesichert war. Die Preisgestaltung blieb ein Privileg privatwirtschaftlicher Organisationen.“⁴⁰⁾ In dem Maße nämlich, wie der Staat im Rahmen der Aufrüstung größter Auftraggeber wurde, machte er sich einerseits immer stärker von der Existenz und Leistungsfähigkeit der Privatindustrie abhängig. Andererseits kam er dieser „durch wenigstens anfangs relativ leicht erreichbare Gewinne sowie durch die Abschaffung der Gewerkschaften“⁴¹⁾ entgegen. Alles in allem seien Hitlers und Görings Versuche, ab 1936 den organisierten Privatkapitalismus „durch Dirigismus bis 1939 zum staatlich kontrollierten und schließlich zum Staatskapitalismus selbst zu transformieren, . . . zunächst an der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft“ gescheitert, dann aber auch „an der Stärke der militärischen Gegner . . ., die Hitler zwang, das vorhandene Wirtschaftssystem anzuerkennen, um mit dessen Hilfe das Dritte Reich vor der Niederlage zu bewahren“⁴²⁾.

³⁰⁾ A. a. O., S. 266.

³¹⁾ A. a. O., S. 271.

³²⁾ Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964.

³³⁾ Petzina, *Autarkiepolitik*, a. a. O.

³⁴⁾ Treue, a. a. O., S. 499.

³⁵⁾ Ebd.

³⁶⁾ Ebd.

³⁰⁾ A. a. O., S. 148.

³¹⁾ Lochner, a. a. O., S. 179.

³²⁾ A. a. O., S. 196.

³³⁾ A. a. O., S. 224.

³⁴⁾ A. a. O., S. 244.

³⁵⁾ A. a. O., S. 251.

Auch wenn Treue im Gegensatz zu Stolper, Lochner und Schulz das Konzept der sog. „Kommandowirtschaft“ offenbar verwirft, kommt es ihm darauf an, jede strukturelle Interessenidentität zwischen Faschismus und Industrie zu widerlegen. So betont er, das Verhalten der IG Farben-Industrie A. G. im Rahmen des Vierjahresplanes müsse als Sonderfall gelten, der für die Industrie insgesamt atypisch sei. Wie insbesondere der Konflikt um die Reichswerke Hermann Göring zeige, entstammten die Proteste von seiten der Industrie „zumeist der Sorge vor einer übermächtigen staatlichen Initiative in Richtungen, die dem Privatkapitalismus innenpolitisch gefährlich werden konnten und die ihm außenpolitisch auf einen Krieg hinzuzielen schienen, den man wahrscheinlich nicht gewinnen konnte“⁴³⁾. Indem die Nationalsozialisten eine vollständig geplante Wirtschaft anstrebten, die, weniger als „sozialistische Planwirtschaft, als eine für den Angriffskrieg geplante Wirtschaft“ mit „äußerlich privatwirtschaftliche(n) Charakteristika“⁴⁴⁾ einzuschätzen sei, müsse Hitler als potentielle Bedrohung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung gelten.

In diesem Kontext ist wohl auch der Hinweis auf die Tatsache zu verstehen, daß im Herbst 1939 „jene großen Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion selbst und mit ihrer Hilfe als Tarneinkäuferin und Durchfuhrland (beganen), durch die Hitler die Sorge vor einer britischen Blockade genommen wurde und das ‚Dritte Reich‘ so viel Fett, Kautschuk und Buntmetalle erhielt, daß Vorratslager angelegt werden konnten. Durch diese Hilfe war während des ganzen Krieges die deutsche Vorratslage nie so gut wie im Augenblick des Überfalls auf die Sowjetunion, wurde es Hitler möglich, noch lange nach der militärischen Wende wirtschaftlich relativ gut versorgt den Krieg fortzuführen.“⁴⁵⁾ Treue fragt denn auch, ob Stalin nicht möglicherweise davon überzeugt war, „daß der Gesamtschaden für die bürgerlich-kapitalistischen Mächte von Deutschland bis zu den USA um so größer und damit für die UdSSR um so erfreulicher wurde, je länger er selbst mit seinen Lieferungen die Fortdauer des Krieges ermöglichte“⁴⁶⁾.

Komplementär zu dieser Mutmaßung kann Treue zufolge umgekehrt nicht behauptet werden, „daß die oder einige Unternehmer Hitler den Vierjahresplan nahegelegt oder

gar aufgezwungen haben“⁴⁷⁾. Vielmehr bilde „das eigentlich entscheidende Ereignis für die Entstehung des Vierjahresplanes die Ernennung Görings zum Rohstoff- und Devisenkommissar am 4. April 1936“⁴⁸⁾. Mit dieser Maßnahme habe nämlich die Verlagerung des Schwerpunktes der deutschen Wirtschaftspolitik auf eine Autarkiepolitik in Form eines verstärkten Ausbaus der innerdeutschen Erzeugungsmöglichkeiten begonnen. Gründe seien der Devisenmangel und die gesteigerten Anforderungen der Wehrmacht aufgrund der 1936 forciert vorangetriebenen Aufrüstung gewesen. Gerade an der Vorgeschichte von Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan versucht Treue zu zeigen, daß Schacht als Exponent des politischen nationalen, wirtschaftlich privatkapitalistischen Unternehmertums seit 1935/36 in dem Maße an Bedeutung verlor, wie er seine Opposition gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem verstärkte. Ferner gehe aus dem Inhalt der Denkschrift eindeutig hervor, daß Hitler die Schwerindustrie und den Bergbau unter Drohungen zu größeren Leistungen anspornen wollte. Dies lasse erkennen, „daß er sich nicht unter einem aktiven Druck der Unternehmer befand, das andere, daß diese unter privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkten dachten und handelten, sich freiwillig nicht der Wirtschaftspolitik Hitlers unterordneten und nur unter Drohungen dazu gezwungen werden sollten“⁴⁹⁾.

Freilich werden die Argumente der historischen Wirklichkeit nicht gerecht, mit denen Treue seine These stützt, daß die Industrie in prinzipieller Opposition zu Hitler gestanden habe und die enge Kollaboration der IG Farben für die deutsche Industrie atypisch gewesen sei. So kann Petzina zeigen, daß Görings Bevollmächtigter, der IG Farben-Direktor Krauch, keineswegs nur als Repräsentant partikularer bzw. atypischer industrieller Interessen auftrat, sondern „sich zum Fürsprecher der freien Initiative der Industrie (machte), und ... die Beschränkung des HWA (Heereswaffenamt) auf die Entscheidungen über Quantität und Qualität der Produktion forderte, während er die Einschaltung in den Produktionsprozeß zurückwies“⁵⁰⁾. Deutet dies mehr auf einen Konflikt zwischen dem Heer einerseits und der Industrie und Partei andererseits hin, so kann darüber hinaus der Streit um den Bau der Hermann-Göring-Werke kaum als Indiz für den prinzipiellen

⁴³⁾ A. a. O., S. 500.

⁴⁴⁾ Ebd.

⁴⁵⁾ A. a. O., S. 506.

⁴⁶⁾ Ebd.

⁴⁷⁾ Ebd.

⁴⁸⁾ Ebd.

⁴⁹⁾ A. a. O., S. 498.

⁵⁰⁾ Petzina, Autarkiepolitik, a. a. O., S. 120.

Widerstand der Industrie gegen Hitler gewertet werden. Abgesehen davon, daß die Reichswerke bereits im Mai 1942 wieder aufgelöst wurden, sind „auch die im Zeichen des Vierjahresplans errichteten staatlichen Unternehmen in der Form privater Betriebe organisiert“ worden und haben „sich bruchlos in das privatkapitalistische System“⁵¹⁾ eingefügt⁵²⁾.

Mit der Tatsache, daß bei prinzipieller Respektierung des Privateigentums im Dritten Reich die Chance privater Wirtschaftsgruppen erheblich vergrößert wurde, „die staatliche Wirtschaftspolitik gemäß eigenen Interessen mitzugestalten“⁵³⁾, korrespondierte, wie Petzina hervorhebt, „die hohe Einschätzung des Unternehmers durch die nationalsozialistische Führung, der zum Prototyp effizienten Handelns ideologisiert wurde und sich inso-

weit zum Vorbild für den Aufbau neuer Ordnungsformen des Führerstaates entwickeln konnte“⁵⁴⁾. Es mag sein, daß sich der Faschismus in bestimmten Aspekten im Widerspruch zum Kapitalismus befand: die von Treue hervorgehobenen „Fakten“ jedoch beweisen dies nicht. Sie machen nur deutlich, daß auch eine modifizierte Form der Totalitarismustheorie, wie Treue sie vertritt, von der sozialen Wirklichkeit des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Faschismus nicht bestätigt wird.

Dies vorausgesetzt, stellt sich die Frage, ob die sowjetmarxistischen Autoren, die als die dezidiertesten Kritiker des Totalitarismustheorems auftreten, das Verhältnis von Faschismus und Industrie adäquater in den Griff bekommen haben.

II. Die strukturelle Identität von Monopolkapital und Faschismus

1. Monopolkapital und Hitlers „Machtergreifung“

Den Schlüssel zum Verständnis des Verhältnisses von Ökonomie und Politik sowohl in der Entstehungsphase faschistischer Systeme als auch unter den Bedingungen ihrer endgültigen Etablierung liefert nach der sowjetmarxistischen Interpretation die Feststellung Lenins aus dem Jahre 1916, daß „der politische Umbau über der neuen Ökonomik, über den monopolistischen Kapitalismus... die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion (ist). Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“⁵⁵⁾ So betonen Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, daß das von Lenin im Ersten Weltkrieg konstatierte Verwachsen von Monopolen und Staat, das er unter den Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ subsumierte, „eine aggressive Reaktion der herrschenden imperialistischen Kreise auf den Druck der Entwicklung der modernen Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Charakters der Produktion dar(st)ellt, auf die tiefen inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus, auf die schweren ökonomischen und politischen Er-

schütterungen und Krisen, die mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus einsetzen, auf die Zuspitzung des Klassenkampfes und insbesondere auf den Vormarsch des Sozialismus in der Welt“⁵⁶⁾. Dieser Prozeß, in dem sowohl die Konkurrenz als auch die Anarchie der Produktion und der gesellschaftlichen Verhältnisse „auf höherer Ebene und in neuen Formen“⁵⁷⁾ fortwirken, mündet nach dieser Interpretation dann in die faschistische Diktatur ein, wenn, wie ausgangs der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, die reaktionärsten und aggressivsten Elemente des Finanzkapitals ihre imperialistische Zielsetzung optimal im Rahmen eines faschistischen Regimes realisieren zu können glauben: Ihnen dienen dann die faschistischen Herrschaftsmethoden als Mittel, um durch „offenen Terror und mit Hilfe von Demagogie und Massenmanipulierung den gordischen Knoten innerer und äußerer Schwierigkeiten und Widerstände zu durchhauen, die sie an der rücksichtslosen Ausplünderung der arbeitenden Klassen, an einer forcierten Aufrüstung, an der Restauration imperialistischer Großmachtstellung und schließlich an der imperialistischen Expansion in Europa und über Europa hinaus hinderten“⁵⁸⁾.

Daß sich unter dieser Voraussetzung der Faschismus als ein bloßes Instrument zur Real-

⁵¹⁾ A. a. O., S. 196.

⁵²⁾ Ebd.

⁵³⁾ A. a. O., S. 122.

⁵⁴⁾ A. a. O., S. 196.

⁵⁵⁾ W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

⁵⁶⁾ Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933—1945, in: Das Argument, Nr. 47 (1968), S. 217.

⁵⁷⁾ A. a. O., S. 218.

⁵⁸⁾ Ebd.

sierung monopolkapitalistischer Interessen und seine Entstehung als das Produkt reaktionärer Gruppen innerhalb des Großkapitals erweist, ist eine logische Konsequenz dieses interpretatorischen Ansatzes. So muß als symptomatisch angesehen werden, daß für Eberhard Czichon⁶⁵⁾ die Entstehung des Faschismus identisch ist mit dem „Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik“. Im ersten Teil seiner Arbeit versucht Czichon die These zu belegen, daß die NSDAP keineswegs als eine originäre Massenbewegung angesehen werden kann. Vielmehr sei es zu ihrer Konstituierung notwendig gewesen, daß Hitler seine faschistische Ideologie nicht nur durch eine antikapitalistische und nationale Phraseologie kaschierte; sein Programm habe darüber hinaus auch „entsprechend propagiert“ werden müssen, „um größere Teile des deutschen Volkes systematisch zu beeinflussen. Über die für eine solche Manipulation erforderliche journalistische Skrupellosigkeit verfügte Hitlers Propagandachef Joseph Goebbels. Doch dies allein reichte nicht aus. Es war in erster Linie Geld erforderlich.“⁶⁶⁾

Dieses Geld sei den Nationalsozialisten von einer zunehmenden Gruppe einflußreicher Industrieller zugeflossen, die die NSDAP auch politisch, psychologisch und organisatorisch unterstützt hätten. „Sie erst machten Hitler vom unbedeutenden Führer politischer Abenteuer zu ihrem repräsentativen Exponenten.“⁶⁷⁾ Der Höhepunkt dieser Entwicklung, innerhalb derer Hitler und seine Bewegung von Teilen der Großindustrie systematisch „aufgebaut“ wurde, bildete Czichon zufolge die Formierung einer Einheitsfront aller nationalen Gruppen in Bad Harzburg, an der sich außer den bekannten nazistischen Industriellen und Bankiers eine Reihe anderer Großindustrieller beteiligte (Blohm, Ravené, Schlenker, Gravert). Alle diese Bankiers erwarteten, so Czichon, „die Bildung eines Kabinetts mit Hitler und Hugenberg, deren Ansichten ihnen genau bekannt waren“⁶⁸⁾. Gerade weil sie wußten, daß Hitler entschlossen war, seine öffentlich propagierten und in internen Kreisen oftmals erläuterten Ziele auch als Reichskanzler durchzusetzen, „und weil ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen mit der programmatischen Konzeption der Nazi-Clique identisch waren, hatten

sie deren Public Relations finanziert und ihren wachsenden öffentlichen Einfluß manipuliert“⁶⁹⁾.

Gegen diese Thesen hat neuerdings Eike Hennig einige stichhaltige Argumente formuliert. Insbesondere müsse festgestellt werden, daß Czichons Manipulationstheorem völlig losgelöst von jeglichem kommunikationspolitischen, sozialpsychologischen und sozialökonomischen Inhalt sei⁶⁴⁾. Indem dergestalt von der Beziehung zur Wirkungsproblematik und damit zur konkreten Verfassung der Rezipienten der Manipulation abstrahiert werde, bewege sich Czichon „beinahe schon auf der Höhe der Ausführungen Hitlers und Goebbels über das Wesen von Propaganda“⁶⁵⁾. Czichon erliege einer personalistischen Geschichtsbetrachtung, wenn er einzelne Kapitalisten als die Initiatoren der Manipulation herausstelle: „Der Faschismus erscheint in dieser Sicht als ein ganz und gar monokausaler Kaufakt: faschistische Bankiers und Industrielle haben die ‚Public Relations‘ der ‚Nazi-Clique‘ finanziert und danach deren wachsenden öffentlichen Einfluß manipuliert“. Czichon degeneriere „den geschichtlichen Prozeß zur Tat ‚großer Männer‘, diesmal keine Könige und Feldherrn, sondern eben ‚Kapitalisten‘“⁶⁶⁾.

Allerdings scheint Czichon im 2. Teil seiner Arbeit die zu Recht kritisierte Schwäche personalisierender Darstellung zu vermeiden, wenn er die Situation innerhalb der herrschenden Klasse im Zusammenhang mit dem Aufstieg Hitlers analysiert. Er geht hier nämlich weder global von „dem“ Monopolkapital noch von „den“ Einzelindustriellen aus, sondern differenziert zwischen verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Großindustrie. Zwar bestehe kein Zweifel daran, „daß alle Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft gegenüber prinzipiell gemeinsame Interessen hatten“⁶⁷⁾. Ebenso sicher sei aber, „daß innerhalb der Konzerne und einzelner Gruppierungen selbst sich der politische und wirtschaftliche Konkurrenzkampf angesichts der Verschärfung der Krise zuspitzte“⁶⁸⁾. Wenn sich auch bis 1931 eine zunehmend große Gruppe von Industriellen und Bankiers unter der Führung von Thyssen, Kirdorf und Schacht dar-

⁶⁵⁾ Ebd.

⁶⁴⁾ Eike Hennig, *Industrie und Faschismus. Anmerkungen zur sowjet-marxistischen Interpretation*, in: NPL, XV (1970), S. 437.

⁶⁵⁾ Ebd.

⁶⁶⁾ A. a. O., S. 438.

⁶⁷⁾ Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?*, a. a. O., S. 24.

⁶⁸⁾ Ebd.

⁶⁵⁾ Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967.

⁶⁶⁾ Czichon, a. a. O., S. 16.

⁶⁷⁾ Ebd.

⁶⁸⁾ A. a. O., S. 23.

auf geeinigt habe, einen faschistischen Staat zu errichten, so sei ihr doch eine andere finanzmonopolistische Gruppe (vor allem die Chemie-, Elektro- und Verarbeitungsindustrie sowie der Exporthandel) entgegengetreten, die, infolge einiger Monopolstellungen auf dem Weltmarkt nicht so schwer von der Krise betroffen, an der Notverordnungspolitik des Kabinetts Brüning festhielt. Die Theoretiker dieser Gruppe „befürworteten an Stelle des altliberalen Laissez-faire eine aktive Konjunkturpolitik durch staatliche Beeinflussung der Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise. Notwendig erschien ihnen dazu ein etappenweiser Abbau der Demokratie zugunsten einer autoritären Staatsform.“⁶⁹⁾

Erst nach dem Rücktritt Brünings sei es zu einer signifikanten Modifikation dieser Frontstellung gekommen, weil sich das Lager der Keynesianer spaltete. Der Konflikt wurde ausgelöst, als Gereke eine Arbeitsbeschaffungspolitik der öffentlichen Hand forderte. Unterstützt von v. Schleicher und den Gewerkschaften regte er an, „daß der Staat mit seinen kommunalen Organen (wie Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen) entsprechend den geltenden Lohntarifen Aufträge für Straßenbau, Wohnungsbau und landwirtschaftliche Siedlungen, sowie für Meliorationen, also für volkswirtschaftlich notwendige Arbeiten“ auf der Grundlage der Finanzierung durch Staatskredite „an die örtliche Industrie vergeben sollte“⁷⁰⁾. Dieses Konzept, das aufgrund der lenkenden Eingriffe des Staates, der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Aufsiedlung des verschuldeten ostelbischen Grundbesitzes als marktwirtschaftliche Lösung von links bezeichnet werden könne, stieß Czichon zufolge sowohl auf den Widerstand der ‚Rechtskeynesianer‘ (Wagemann, Dalberg, Vershofen und Erhard) als auch auf den der Nazi-Industriellen. Die ‚Rechtskeynesianer‘, deren politischer Repräsentant von Papen war, „lehnten jede Arbeitsbeschaffung mit den Gewerkschaften ab, bei der die Tariflöhne erhalten blieben und eine Markterweiterung durch eine Beschränkung der Rendite der Industriellen angestrebt wurde“⁷¹⁾. Sie drangen vor allem auf eine privatwirtschaftliche Produktionserweiterung, die zur Einsparung von Importen führen konnte und bei der vor allem ein „Freiwilliger Arbeitsdienst“ heranzuziehen wäre, dessen Mitglieder unter Tarif zu bezahlen seien.

Die nationalsozialistischen Industriellen, im Keppler-Kreis organisiert, seien zwar auch für eine Arbeitsbeschaffung durch Staatsaufträge eingetreten, hätten als Ziel jedoch kein sozialpolitisches Programm, sondern die militärische Aufrüstung Deutschlands im Rahmen einer neu zu schaffenden, staatlich geplanten und kontrollierten Rüstungsindustrie propagiert. Diese Differenz habe jedoch nach der Spaltung der keynesianischen Fraktion die Annäherung der Papen-Gruppe an die Nazi-Industriellen nicht verhindern können. Angesichts der für die NSDAP ungünstigen Wahlergebnisse vom 6. November 1932, die Hitlers politischen Abstieg anzuzeigen schienen, und der dem Kabinett Schleicher unterstellten Sozialisierungstendenz nahm, so Czichon, die Koalition zwischen den ‚Rechtskeynesianern‘ und den Nazi-Industriellen konkrete Formen an. Allerdings stellte nach Czichon die erreichte Zusammenarbeit Papens mit Hitler „keinen Kompromiß beider finanzmonopolistischer Gruppierungen mehr dar, sondern bedeutete vielmehr die Unterordnung der ‚rechten‘ Keynesianer unter die Gruppe der Nazi-Industriellen und die Identifizierung mit ihren Zielen. Gegenüber dieser Mehrheit gelang es der Minderheitsgruppe innerhalb der Industrie nicht, den sich anbahnenden Sturz des nur von ihr getragenen Kabinetts zu verhindern.“⁷²⁾

Dieses Bild, das Czichon von der herrschenden Klasse im Zusammenhang mit der Machtgreifung Hitlers zeichnet, scheint auf den ersten Blick realistischer zu sein als die pointillistische Zergliederung der großindustriellen Kreise in Einzelpersonen, wie dies für die Arbeiten von Treue und Turner charakteristisch ist. Dennoch sind die strukturellen Schwächen des Versuchs Czichons, die Genese der Machtgreifung Hitlers zu rekonstruieren, nicht zu übersehen. Räumte etwa Kuczynski⁷³⁾ noch ein, der Faschismus sei zu vermeiden gewesen, wenn sich gesellschaftliche Gegenkräfte formiert hätten und insbesondere die Arbeiterschaft einheitlich organisiert gewesen wäre, so fällt an Czichons Darstellung die systematische Ausklammerung der Rolle der organisierten Arbeiterbewegung aus dem Ursachenzusammenhang auf, der zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten geführt hat. Daß die damit gegebene Reduktion der faschistischen Machtübernahme auf eine rein innerkapitalistische Angelegenheit nicht zufällig ist, liegt auf der Hand: Sie

⁶⁹⁾ A. a. O., S. 25.

⁷⁰⁾ A. a. O., S. 35.

⁷¹⁾ A. a. O., S. 36.

⁷²⁾ A. a. O., S. 52.

⁷³⁾ Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1966, S. 9 ff.

hat ihre Entsprechung in der Exkulpation der KPD, deren historische Rolle durch die Verdrängung der Frage, „ob nicht auch ‚die‘ Arbeiterbewegung ihre Chance in der Beeinflussung und Agitation der proletarisierten Mittelschichten hätte finden können“⁷⁴⁾, indirekt legitimiert wird. Gleichzeitig zwingt diese Apologie dazu, die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Klassenverhältnisse, die den Aufstieg des Faschismus ermöglichten, durch eine politische Soziologie der herrschenden Klasse zu ersetzen, die Tim Mason zu Recht mit der Methodologie des konservativen Historikers Namier verglichen hat: „riesenhafte Kapitalgesellschaften treten hier an die Stelle von Namiers Adelsfamilien, verhalten sich aber mit ihren spinnennetzartigen und rivalisierenden Einflußsphären jenen frapperend ähnlich. Wer saß an welchen Hebeln der Macht, wann und warum? — dies sind sicherlich nicht belanglose Fragen für den Historiker. Im klassischen Marxismus kommt ihnen aber gegenüber den säkular-ökonomischen Fragen der Entwicklung des Wirtschaftssystems eine zweitrangige Bedeutung zu. Lenins Imperialismus-Begriff legt zwar diese Art von Querschnittsanalyse nahe, doch ist dieses theoretische Konzept m. E. sowohl empirisch weniger solide wie auch vordergründiger als die Kategorien des historischen Materialismus bei Marx selber.“⁷⁵⁾

2. Der Faschismus als ‚Agentur des staatsmonopolistischen Imperialismus‘

Komplementär zu der These, der Aufstieg der faschistischen Bewegung sei zurückzuführen auf die Initiative der reaktionären Teile der Monopolbourgeoisie, gilt der Faschismus an der Macht im Lichte der sowjetmarxistischen Interpretation als „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁷⁶⁾. Oder noch prägnanter formuliert: „Der Faschismus — das ist die Macht des Finanzkapitals selbst.“⁷⁷⁾ Diese von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Inter-

ationale vorgetragene Definition steckt nach wie vor den Rahmen ab, innerhalb dessen die sowjetmarxistischen Autoren das Verhältnis von Ökonomie und Politik im „Dritten Reich“ bestimmen. Ausdrücklich wird in der neueren Literatur die Dimitroffsche Formel gegen jede Kritik in Schutz genommen, weil sie, wie Gossweiler und Eichholtz betonen, „das Ergebnis jahrelanger Klassenkämpfe gegen den Faschismus besonders in Italien und in Deutschland“ sei. „Die Erfahrungen dieses Kampfes, niedergelegt in zahlreichen Dokumenten der KP Italiens und der KPD aus den Jahren vor 1933, führten stufenweise zu der klaren theoretischen Formulierung der Kommintern, für deren Wahrheitsgehalt die Geschichte die schlagendste Bestätigung lieferte.“⁷⁸⁾

Für die sowjetmarxistische Interpretation gilt es als ausgemacht, daß faschistische Diktatur und bürgerliche Demokratie nichts anderes seien als „zwei verschiedene Formen des politischen Überbaus über ein und derselben ‚Gesellschaftsstruktur‘“, nämlich der des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“⁷⁹⁾. Die identische „Klassenstruktur und ökonomische Basis“ der unterschiedlichen im Überbau verankerten Herrschaftsformen vorausgesetzt, sind deren Zielfunktionen eindeutig determiniert: sowohl faschistische als auch halbfaschistische Regimes bleiben „im Imperialismus ... stets imperialistisch, ihre gesellschaftliche Grundstruktur stets staatsmonopolkapitalistisch“⁸⁰⁾. Damit ist den empirischen Arbeiten über das Verhältnis von Wirtschaft und Faschismus ein klares Erkenntnisziel gesetzt: der Nachweis nämlich, daß dieser nicht einen einzigen nichtmonopolkapitalistischen Inhalt hervorbrachte.

Herausgefordert durch die Arbeiten von Schweitzer, Petzina und Mason ist die neuere sowjetmarxistische Historiographie vor allem bemüht, die These zu widerlegen, daß es aufgrund einer Spaltung der herrschenden Klasse spätestens nach 1936 zu einem Primat des Politischen im Nationalsozialismus gekommen sei, der diesen gewissermaßen „über seinen Auftrag hinauschießen“⁸¹⁾ ließ. Auch wenn ausdrücklich Interessenkonflikte innerhalb der herrschenden Klasse konstatiert werden, so nehmen sie für die sowjetmarxistischen Autoren nie einen eigenständigen Charakter

⁷⁴⁾ Hennig, a. a. O., S. 438.

⁷⁵⁾ Tim Mason, Zur politischen Relevanz historischer Theorien. Die Imperialismus-Diskussion im Schatten des Kalten Krieges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/72, S. 41.

⁷⁶⁾ Wilhelm Pieck, Georgie Dimitroff und Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1957, S. 87.

⁷⁷⁾ Ebd.

⁷⁸⁾ Eichholtz und Gossweiler, a. a. O., S. 221.

⁷⁹⁾ A. a. O., S. 216.

⁸⁰⁾ A. a. O., S. 217.

⁸¹⁾ Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und Nationalsozialismus an deutschen Universitäten, Frankfurt 1967, S. 35.

an, weil die an ihm beteiligten Gruppen, wie Czichon betont, „die gemeinsame sozio-ökonomische Basis der Klassenherrschaft nicht verlassen konnten“⁸²⁾. 1936 habe sich kein Strukturwandel des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik zugunsten eines Primats der Politik vollzogen, sondern lediglich ein Führungswechsel im Oligopol mit dem eindeutigen Ziel, die nationalsozialistische Aufrüstung auf einer autonomen Wirtschaftsgrundlage zu beschleunigen: Die neue Führungsgruppe „übernahm nun die Gesamtprepräsentanz der herrschenden Klasse und bestimmte in den folgenden Jahren die Grundlinien der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik“⁸³⁾.

Wie war nun die Alternative, die sich angeblich 1935/36 für den deutschen Imperialismus ergab, inhaltlich bestimmt? Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler weisen darauf hin, daß sich die Unterschiede in der politisch-strategischen und ökonomischen Konzeption der Schacht-Thyssen- bzw. der Göring-IG-Farben-Gruppe auf die folgende Kurzformel bringen lasse: Die Schacht-Thyssen-Fraktion glaubte, ihr imperialistisches Programm, das auf die Liquidierung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung Deutschlands als europäische Großmacht und als Kolonialmacht abzielte, nur verwirklichen zu können, wenn sie sich wenigstens der wirtschaftlichen Unterstützung der USA versichern konnte. Eine militärische Expansion zuerst gegen die Sowjetunion und dann gegen die USA setzte dieser Gruppe zufolge nicht nur — „möglichst unter Vermeidung inflationärer oder sonstiger krisenhafter Erscheinungen“ — eine mit optimalem Tempo vorangetriebene Aufrüstung voraus, sondern auch die notwendigen Vorräte und Reserven⁸⁴⁾. Demgegenüber ging die Göring-IG-Farben-Gruppe davon aus, daß die militärische Expansion Deutschland „unvermeidlich in Gegensatz zu allen am Status quo interessierten Großmächten bringen“⁸⁵⁾ wird. Da das gegnerische Lager den deutschen Rüstungsvorsprung bald aufholen werde, liege die einzige Chance „in einer maximal forcierten Rüstung für eine Reihe von Blitzkriegen, mit denen man nicht mehr lange warten kann, und wirtschaftlich in einer wenigstens zeitweilig aufrechtzuerhaltenden Autarkie als Mittel gegen Blockade“⁸⁶⁾.

Daß es innerhalb des Oligopols zu einer Machtverschiebung kam, hatte nach Gossweiler und Eichholtz in langfristiger Perspektive seine primäre Ursache in „Unterschiede(n) in den ökonomischen Interessenlagen der Konzerngruppen, auf kürzere Sicht (in der) Notwendigkeit für den deutschen Imperialismus, akute Alternativentscheidungen von größter politischer und ökonomischer Tragweite zu fällen“⁸⁷⁾. Dabei sei jedoch der imperialistische Konsens innerhalb der Monopolbourgeoisie nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Vielmehr habe es sich dabei um eine Rivalität gehandelt, die den Rahmen des objektiven Klasseninteresses des Großkapitals nicht an einer einzigen Stelle sprengte. Dies werde im übrigen dadurch bestätigt, daß das Jahr 1938 nicht nur eine Stabilisierung der Führung des von den IG Farben verkörperten Kurses und die Festigung dieser Gruppierung selbst brachte. Zugleich seien im Zuge der inneren („Arisierung“ der Wirtschaft) und der beginnenden äußeren Expansion (Österreich, CSR) „auch die zunächst von den vordersten Positionen abgedrängten Konzerngruppen“⁸⁸⁾ reaktiviert worden. Noch vor Kriegsausbruch hätten sie „teilweise ihren staatsmonopolistischen Einfluß bzw. dafür günstige Ausgangspositionen“⁸⁹⁾ zurückerlangt.

Für die sowjetmarxistischen Autoren gilt es mithin als erwiesen, daß die faschistische Herrschaftsstruktur in jeder Phase des Dritten Reiches an ihre imperialistisch-kapitalistische Basis gebunden war. Weit davon entfernt, die Voraussetzungen für einen Primat des Politischen geschaffen zu haben, bestätigt ihrer Meinung nach der 1936 erfolgte Führungswechsel innerhalb der Oligopols vielmehr die These, daß „die großen Monopole nicht nur allein an (der) Aufrüstung profitierten, sondern daß sie selbst die Aufrüstungspolitik in ihren entscheidenden Phasen vorgezeichnet, in den hauptsächlichen Entwicklungslinien bestimmt und deren Durchführung größtenteils dirigiert haben. Sie haben den staatsmonopolistischen Regierungsapparat der Rüstungswirtschaft selbst geformt und ständig vervollkommen und die entscheidenden Positionen in ihnen eingenommen.“⁹⁰⁾

Auch wenn das Verdienst der sowjetmarxistischen Historiographie unbestritten ist, das

⁸²⁾ Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument, Nr. 47 (1968), S. 183.

⁸³⁾ A. a. O., S. 185.

⁸⁴⁾ Eichholtz und Gossweiler, a. a. O., S. 221.

⁸⁵⁾ Ebd.

⁸⁶⁾ Ebd.

⁸⁷⁾ A. a. O., S. 219 f.

⁸⁸⁾ A. a. O., S. 220.

⁸⁹⁾ Ebd.

⁹⁰⁾ Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann (Hrsg.), Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1969, S. 442.

Verhältnis von Ökonomie und Politik bereits zu einem Zeitpunkt thematisiert zu haben, als die westliche Forschung noch eindeutig im Bannkreis der sog. identifizierenden Totalitarismustheorie stand — deren charakteristisches Merkmal gerade darin zu sehen ist, von der Frage nach dem strukturellen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus abzulenken —, sind bedeutende analytische Schwächen dieses Ansatzes nicht zu übersehen. Zwar können die sowjetmarxistischen Autoren zeigen, daß in vielen westlichen Arbeiten die von der Wirtschaft gesetzten Bedingungen, unter denen die Faschisten politisch agieren mußten, unterschätzt worden sind. Gleichwohl bleiben ihre Hauptthesen weithin eher ideologische Behauptungen, so lange ihre Funktion darin gesehen wird, die mechanistische Zuordnung von Basis und Überbau, die mehr einen dogmatisch-voluntaristischen als einen wissenschaftlich ausgewiesenen Charakter hat, zu illustrieren.

Es dürfte kein Zufall sein, daß die monokausale Zuordnung von bürgerlicher Demokratie sowie von halbfaschistischen und faschistischen Herrschaftsformen zur identischen staatsmonopolistischen Klassenstruktur — die die Einheitlichkeit der bürgerlich-imperialistischen Epoche verbürgen soll — zu Tatsachenfeststellungen führt, die erst noch zu beweisen wären. So behauptet Czichon kategorisch, Konflikte innerhalb der Monopolbourgeoisie müßten a priori, weil auf den Gesetzen der Konkurrenz basierend, zu einem „finish“ führen, das einerseits die Homogenität der Gesamtklasse unangetastet läßt und andererseits „jedes Gleichgewicht schließlich aufhebt und... eindeutig eine Führungsgruppe etabliert“⁸¹⁾. Dieses „Axiom“ selber hätte kritisch mit der konkreten innen-, außen- und rassenpolitischen Willensbildung des nationalsozialistischen Regimes konfrontiert werden müssen. Statt dessen rekurrieren die sowjetmarxistischen Autoren vorzugsweise auf Pläne und Absichten der einzelnen Industriellen selbst, ohne den Erklärungswert solcher Dokumente (also Denkschriften, Briefe etc.) zu hinterfragen. Davon abgesehen, gilt es durchaus noch zu klären, „ob diese Pläne tatsächlich verwirklicht wurden“⁸²⁾.

Zweifellos hat die mechanistische Zuordnung des „Überbaus zur Basis“ als die entscheidende gedankliche Voraussetzung für das Agentur-Theorem ihre Entsprechung in der mit großem dokumentarischen Aufwand betriebenen Klärung der subjektiv-politischen Präferenz führender Industrieller in den Jahren von 1930 bis 1945. Diese in der konkreten Forschungspraxis zu beobachtende Hinwendung zu einem „linken Historizismus“ (E. Hennig), für die nicht der dialektische Bezug zwischen einem gesamtgesellschaftlich orientierten theoretischen Rahmen und der empirischen Mannigfaltigkeit des historischen Prozesses, sondern die nachträgliche „Bestätigung“ bereits vorweg bestimmter „Resultate“ charakteristisch ist, zeigt sehr deutlich das Dilemma der sowjetmarxistischen Historiographie. In dem Maße nämlich, wie die Einordnung des Faschismus in ein differenziertes epochales Geschichtsbild Marxscher Prägung als Tatsachenfeststellung nur behauptet, nicht aber geleistet wird, tritt eine Moralisierung der Geschichte in den Vordergrund, „die der Theorie des historischen Materialismus“ — wenn auch nicht immer seinem Urheber selber — fremd ist“⁸³⁾.

Es ist im Rahmen dieses Ansatzes denn auch kein Zufall, wenn Czichon die Situation unmittelbar vor der faschistischen Machtübernahme in Deutschland mit dem Bild illustriert, es hätte in diesem Augenblick „ein Satyrspiel von Intrigen seinen Höhepunkt erreicht. Die Einzelheiten dieses schaurigen geschichtlichen Dramas sind atemberaubend primitiv und niveaulos, aber in ihnen vollzog sich das Schicksal von Millionen Menschenleben, indem sich der Spruch realisierte, den eine Mehrheit deutscher Industrieller, Bankiers und verschuldeter Großagrariere gefaßt hatte.“⁸⁴⁾ Als vielleicht notwendiges Korrelat eines „linken Historizismus“ muß der Rekurs auf personalisierende und moralisierende Kategorien als Indiz dafür gewertet werden, daß auch in der sowjetmarxistischen Analyse eine materialistisch fundierte Klärung des Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus entgegen ihrem eigenen Anspruch nicht geleistet worden ist.

⁸¹⁾ Czichon, Der Primat der Industrie, a. a. O., S. 183.

⁸²⁾ Mason, Zur politischen Relevanz, a. a. O., S. 41.

⁸³⁾ A. a. O., S. 41.

⁸⁴⁾ Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, a. a. O., S. 52.

III. Der Faschismus als tendenziell verselbständigte Exekutive

1. Das Bündnis zwischen Großindustrie und Faschismus vor 1933

Wie wir sahen, konnte der Aufstieg des Nationalsozialismus weder mit dem sowjetmarxistischen Manipulationstheorem noch mit jenen Ansätzen überzeugend gedeutet werden, die einen systematischen Zusammenhang zwischen der faschistischen Machtergreifung und dem Bündnis zwischen der Großindustrie und Hitler überhaupt leugnen. Demgegenüber versuchen die in diesem Abschnitt vorgestellten Arbeiten zu einer differenzierteren Bestimmung des Verhältnisses von Großindustrie und Nationalsozialismus vor 1933 zu gelangen. Wie einerseits die faschistische Massenbewegung keineswegs als ein künstlich erzeugtes Produkt reaktionärer Monopolherren erscheint, sondern ihre Entstehung an der gesellschaftlichen Struktur Deutschlands Ende der zwanziger Jahre festgemacht wird, so versuchen sie andererseits die Verharmlosung des Aufstiegs Hitlers zur Macht zum bloßen „Verkehrsunfall der Geschichte“ zu vermeiden und die strukturellen Voraussetzungen dieses Ereignisses zu betonen.

Wichtig ist nun, daß sich der Aufweis dieser Bedingungen implizit oder explizit an dem Konzept des „Klassengleichgewichts“ orientiert, das — wenn auch jeweils in charakteristischer Ausprägung — von zeitgenössischen Autoren wie Bauer^{94a)}, Trotzki^{94b)} und Thalheimer^{94c)} vertreten wurde: Wie sich einerseits das Proletariat als zu schwach erwies, am Ende der Weimarer Republik die Macht zu erringen, so fühlte sich andererseits die deutsche Bourgeoisie nicht mehr stark genug, mit Hilfe ihrer im Parlament vertretenen Repräsentanten die Bedingungen für die Reproduktion des deutschen Kapitalismus zu garantieren. Es entstand ein politisches „Machtvakuum“, in das die Vertreter der faschistischen Massenbewegung stießen, nachdem sie den Repräsentanten der alten traditionellen Eliten glaubhaft machen konnten,

daß deren soziale Macht, d. h. also deren private Verfügung über die Produktionsmittel, unangetastet bleibe. Um also ihre gesellschaftliche Herrschaft behaupten zu können, mußten die Oberschichten den Nationalsozialisten den „Primat des Politischen“ konzedieren, der sich freilich, wie noch zu zeigen sein wird, von 1933 bis 1936 anders darstellte als in der Zeit danach.

Wie schon angedeutet wurde, impliziert dieser Ansatz, daß die Entstehung der faschistischen Massenbewegung in Deutschland nicht durch die Hypothese erklärt werden kann, sie gehe zurück auf eine gezielte Strategie der reaktionärsten Teile der Monopolbourgeoisie. So wies Hallgarten bereits darauf hin, daß die Industriellen die nationalsozialistische Bewegung keineswegs „gemacht“ hätten, auch wenn Hitler von Teilen der Großindustrie kraftvoll unterstützt worden sei. Andererseits läßt er aber keinen Zweifel daran, daß die faschistische Massenbewegung zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die faschistische Machtergreifung war: in letzter Instanz ermöglicht wurde sie erst durch ein Bündnis relevanter Teile der Oberschicht mit der NSDAP. Zwar kam es Hallgarten zufolge vor der großen Wirtschaftskrise 1929 nur zu einer punktuellen Zusammenarbeit zwischen den Nationalsozialisten und der Großindustrie, „und auch dann nur allmählich in einzelnen Schritten“⁹⁵⁾. Erst die durch den Osthilfeskandal⁹⁶⁾ und den Fall Gelsenkirchen⁹⁷⁾ erfolgte Verunsicherung großer Teile der Industrie und der Großagrarien habe Hitler wertvolle Trümpfe in die Hand gespielt. Dennoch seien große Teile der Schwerindustrie selbst zum Zeitpunkt des Kabinetts Schleicher noch immer weit davon entfernt gewesen, „den Nazis ihre einstimmige und uneingeschränkte Unterstützung zu geben.“⁹⁸⁾ Auch wenn die unabhängigen Produzenten über Schleichers Kurs, der sich um Rückendeckung bei den Sozialisten im Reichstag bemühte, bestürzt waren, „fürchteten sie doch die wirtschaftliche Diktatur der Männer

^{94a)} Vgl. u. a. Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf, 2, Wien 1924, S. 57 ff.; ders.; Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936.

^{94b)} Vgl. u. a. Lev Davydovič Trockij, Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus, Wien 1929; ders., Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus, Berlin 1932.

^{94c)} Vgl. u. a. August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), Berlin 3. Jahrgang 1930, S. 32 ff., 48 ff., 66 ff.

⁹⁵⁾ Hallgarten, a. a. O., S. 98.

⁹⁶⁾ Der sog. Osthilfeskandal bestand darin, daß das Reich ohne Bürgschaft unter dem Vorwand der Hilfe für den deutschen Osten Beihilfen an Junker und Großgrundbesitzer zahlte.

⁹⁷⁾ Im sog. Fall Gelsenkirchen ging es darum, daß das Reich an Flick 90 % des Pariwertes für dessen Gelsenkirchen-Aktien zahlte, obwohl deren Marktwert zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als 22 % betrug. Vgl. hierzu und zum Osthilfeskandal Hallgarten, a. a. O., S. 109.

⁹⁸⁾ Hallgarten, a. a. O., S. 114.

um den Stahlverein viel zu sehr, um mit ihren politischen Wünschen einverstanden zu sein" ⁹⁹⁾.

Der große Umschwung kam dann aber nach den Wahlen vom 31. Juli 1932, als die finanzielle Situation der NSDAP ihren Tiefpunkt erreicht hatte und die Partei von der Spaltung bedroht wurde. „Zum Glück für Hitler war der gemäßigte Flügel der Großindustrie, der von Papen unterstützte, kaum weniger daran interessiert, einen völligen Zusammenbruch der Partei zu verhindern, als die Hitlerenthusiasten um die Vereinigten Stahlwerke.“ ¹⁰⁰⁾ Angesichts der Politik von Schleichers, „die wahrscheinlich einen Schlag für die Junker und die Großindustrie als Ganzes bedeutete, war die Papengruppe mit ihrem Zentrum im Herrenclub bereit, auf Kompromißvorschläge ihrer zu Nazis gewordenen Kollegen zu hören“ ¹⁰¹⁾. Dies, so Hallgarten, sei der Hintergrund des Treffens zwischen von Papen und Hitler am 4. Januar 1933 im Haus des Kölner Bankiers Curt von Schröder gewesen, das Hitlers Aufstieg zur Macht sicherte.

Auch Arthur Schweitzer unterstreicht den „autonomen“ Charakter der radikalisierten mittelständischen Schichten, aus denen sich die Massenbasis der Nationalsozialisten rekrutierte. Insbesondere deren antikapitalistische Stimmung habe es den Nationalsozialisten ermöglicht, alle mittelständischen Gruppen für ihre Politik zu gewinnen. Deren erfolgreiche ‚Nazifizierung‘ ist Schweitzer zufolge auf drei Faktoren zurückzuführen: There were, first, the intense animosity that many peasants or artisans felt towards the labor movement; second, the lack of democratic ideals and the indifference of many middle groups (between capital and labor) to the Weimar Republic; and, finally, the widely felt preference for a preindustrial way of life. These three factors gave the growing radicalism of the middle class a counterrevolutionary direction that was beneficial to the Nazis.“ ¹⁰²⁾ Gleichwohl geht auch Schweitzer davon aus, daß ohne aktive Unterstützung der Oberschicht die nationalsozialistische „Machtergreifung“ nicht möglich gewesen wäre. Ausdrücklich betont er: „The Great Depression and the Nazification of the middle class were necessary — but not sufficient — causes for the rise of the Nazi system.“ ¹⁰³⁾ Er nennt drei zusätzliche Bedingungen, die es den Nazis ermöglicht hätten, an die Macht zu

gelangen, ohne einen offenen Bürgerkrieg zu riskieren: „The first was the unification of the upper class into a single power bloc dedicated to overcoming the depression by promoting a political dictatorship. Of equal importance were the alliance which the generals, big business, and the landowners had used their influence to restore between the two parties, the NSDAP and the DNVP and the tie-in between these Parties and the upper class. Finally, as parliament lost its power because of a Nazi-Communist majority, the subsequent presidential government came under the effective control of the various segments of upper class. This power bloc had captured the government prior to the rise of the Nazis.“ ¹⁰⁴⁾

Schweitzers These, daß sich *Big Business* und Großgrundbesitz, die bis 1931 in zwei große Gruppen zerfallen gewesen seien, sich aber am Vorabend des Dritten Reiches zu einem einzigen Machtblock vereinten, um die Depression mit Hilfe der politischen Diktatur zu überwinden, ist freilich in sich selber problematisch. Sie wirft nämlich die Frage auf, „ob nicht gerade die Existenz eines solchen Machtblocks für die ‚upper class‘ die Delegation der politischen Macht an Hitler überflüssig gemacht hätte; ob nicht eher Rivalitäten und Unsicherheiten in der Oberschicht Hitler den Weg zur Macht gebahnt haben“ ¹⁰⁵⁾. In der Tat kann Dieter Petzina in seinem Aufsatz „Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33“ zeigen, daß es weder unmittelbar vor noch nach der „Machtergreifung“ eine monolithische Oberschicht in Deutschland gab. Vielmehr erkläre der Konflikt zwischen industriellen und agrarischen Interessen teilweise sogar Hitlers Politik der „Aufrüstung großen Stils“ als Vermittlung zwischen diesen Interessengegensätzen. „Steigende Rüstungsaufträge verwiesen die Unternehmer auf den Binnenmarkt, d. h. machten sie vom Export unabhängiger, so daß die Wirtschaftspolitik den Agrarprotektionismus verstärken und gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in der Industrie erhöhen konnte“ ¹⁰⁶⁾.

Dies vorausgesetzt, könnte gegen Schweitzer die These formuliert werden, daß die Nationalsozialisten erst mit politischen Mitteln die Industriellen-Agrarier-Koalition, die sich bekanntlich erstmals 1879 formiert hatte, reaktivierten. Genau von dieser Beobachtung geht

⁹⁹⁾ A. a. O., S. 114 f.

¹⁰⁰⁾ A. a. O., S. 115 f.

¹⁰¹⁾ A. a. O., S. 116.

¹⁰²⁾ Schweitzer, a. a. O., S. 76.

¹⁰³⁾ A. a. O., S. 106.

¹⁰⁴⁾ Ebd.

¹⁰⁵⁾ Joachim Radkau, Nationalsozialismus und Wirtschaft, in: NPL XV (1970), S. 265.

¹⁰⁶⁾ D. Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: VfZ XV (1967), S. 42.

Tim Mason bei seiner Bestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus aus. Abgesehen von dem prinzipiellen Dilemma der Weimarer Republik, „keine dauerhaften Kompromisse zwischen den in ihr verfaßten gesellschaftlichen Klassen und Interessen und ihren politischen Gruppierungen zustande“¹⁰⁷⁾ zu bringen, sei die entscheidende unmittelbare politische Voraussetzung für das Zusammengehen der Oberschicht mit den Nationalsozialisten die Tatsache gewesen, „daß auch die Besitzenden unter sich nicht einig waren: unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise fiel das — schon durch den ersten Weltkrieg und die Inflation schwer erschütterte — politische und soziale Gefüge des bürgerlichen Deutschlands erst recht auseinander“¹⁰⁸⁾. Das Dilemma am Ende der Weimarer Republik, das sich die Nationalsozialisten zunutze machten, habe zwei Aspekte einbegriffen: einerseits den Zerfall des deutschen Bürgertums in seine elementaren politischen Gruppierungen, nachdem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA unmöglich geworden war; andererseits die politische Aktualisierung der Klassengegensätze angesichts der massiven Arbeitslosigkeit.

Die dergestalt ins Stocken geratene gesellschaftliche Reproduktion konnte, so Mason, nur von einer Regierung wieder in Gang gebracht werden, die stark genug war, die folgenden Forderungen *politisch* durchzusetzen: „1. die auseinanderklaffenden Interessen von Schwer- und Konsumgüterindustrie auszugleichen und die Sonderinteressen der Landwirtschaft zu wahren; 2. der Wirtschaft allgemeine ‚Ruhe und Ordnung‘ zu verschaffen; 3. den Lebensstandard der breiten Bevölkerung vorerst auf dem Krisenniveau festzuhalten — das hieß effektiv Ausschaltung der Gewerkschaften, denn die Periode eines zyklischen Aufschwungs ist bekanntlich die einer erhöhten gewerkschaftlichen Aktivität; 4. eine strenge Bewirtschaftung der sehr knapp gewordenen Devisen durchzusetzen; 5. der tief verwurzelten Inflationsangst im Volk wirksam entgegenzutreten, um somit eine staatliche Kreditexpansion zu ermöglichen“¹⁰⁹⁾.

Spätestens als Schleicher mit ADGB und SA verhandelte, so Mason, wurde der Schwerindustrie klar, daß diese Bedingungen nur die NSDAP erfüllen konnte. Während unter den

Bedingungen einer stabilen liberalen Demokratie ein dem Kapital erträglicher Ausgleich mit den Interessen der Arbeiterklasse und ein Konsens der stärksten Meinungsorgane in Grundsatzfragen notwendig und möglich sei, habe die Funktion des Nationalsozialismus am Ende der Republik gerade darin bestanden, „den fehlenden Ausgleich, den fehlenden Konsens, also eine neue Gesamtrepräsentation des Volks, mit *politischen Mitteln* herzustellen; und das hieß 1933 mit offener Gewalt“¹¹⁰⁾. Dieser fehlende gesamtgesellschaftliche Konsens, so lautet die These Masons, der, die privilegierten Interessen insbesondere der Großindustrie optimal berücksichtigend, für die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft Ende der zwanziger Jahre konstitutiv war, sei es gewesen, der 1933 die faschistische Machtergreifung ermöglichte.

Darauf, daß in der Tat das „Bündnis“, das die Großindustrie und die mit ihr liierten Gruppen innerhalb der Oberschicht mit den Nationalsozialisten einging, aus strukturellen Gründen der Kapitalverwertung erfolgte, hatte bereits Sohn-Rethel¹¹¹⁾ in den dreißiger Jahren hingewiesen. Da seine erst kürzlich veröffentlichten Analysen der Entstehung und Funktion des deutschen Faschismus zu den wenigen marxistischen Arbeiten gehören, deren Autor aufgrund seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Büro des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstages e. V.“ in Berlin während der entscheidenden Jahre vor und nach der „Machtergreifung“ „ungestört Einblick in wichtige interne Vorgänge und politische Überlegungen verschiedener Kapitalfraktionen erlangte“¹¹²⁾, muß auf sie detaillierter eingegangen werden. Ausgangspunkt der Analyse Sohn-Rethels ist das strukturelle Dilemma, in das große Teile der deutschen Großindustrie während der Rationalisierungsphase (1924/25—1929) geraten seien^{112a)}. Diese Rationalisierung (Einführung der Fließbandarbeit, Automatisierung etc.), der ein Übergang von der „freien“ zur „gebundenen“ kapitalistischen Wirtschaft in

¹¹⁰⁾ A. a. O., S. 478.

¹¹¹⁾ Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, hrsg. und eingeleitet v. Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, Frankfurt 1973.

¹¹²⁾ A. a. O., S. 9.

^{112a)} Vgl. hierzu auch Otto Bauer, *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*. Erster Band: *Rationalisierung, Fehlrationalisierung*, Berlin 1931. Bauer hatte bereits Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre alle wesentlichen Elemente der sog. Rationalisierungskrise, in die der deutsche Kapitalismus ab 1929 geraten war, herausgearbeitet, auf die Sohn-Rethel etwa zehn Jahre später seine Faschismusanalyse im wesentlichen basierte.

¹⁰⁷⁾ Tim Mason, *Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument*, Nr. 41 (1966), S. 475.

¹⁰⁸⁾ A. a. O., S. 475 f.

¹⁰⁹⁾ A. a. O., S. 477.

Form von Kartellen, Trusts und anderen Monopolgebilden sowie eine wachsende Vielfalt staatlicher Wirtschaftsfunktionen entsprach, habe bewirkt, daß aufgrund der technologischen Innovationen der Anteil der fixen Kosten am Produktionsprozeß immer größer wurde, während die proportionalen Kosten, die sich am Umfang der Produktion orientieren, kontinuierlich zurückgingen. Die extreme Krisenanfälligkeit dieser neuen Produktionsökonomie, die sich bald nach 1929 zeigen sollte, resultierte aus folgendem „Dilemma der Rationalisierung“: „Wenn die Nachfrage groß und die Preise hoch waren, erzeugten die Anlagen die Produkte zu billigeren Kosten als je zuvor, denn dann liefen sie auf vollen Touren. Fiel die Nachfrage, so daß die Preise sanken, dann stiegen die Kosten je Produktionseinheit in geometrischer Progression jenseits aller Kontrolle, wenn das Produktionsvolumen entsprechend der Nachfrage abnahm. Preise und Kosten bewegten sich umgekehrt proportional statt parallel zueinander.“¹¹³⁾ Zwar werde heute die Unvereinbarkeit von Markt- und Produktionsökonomie, die jenes Dilemma hervorbringe, durch Planung und Programmierung der großen Privatkonzerne in dem Sinne kompensiert, daß von vornherein durch die geplante Verklammerung beider Ökonomien die Widersprüche zu überbrücken versucht werden. In der historischen Situation der zwanziger Jahre jedoch, in der diese Krise als ein Novum angesehen werden mußte, „befand sich die neue Ökonomie des Arbeitsprozesses noch in ihrer Gründerzeit und steuerte blindlings und ahnungslos in das ökonomische und gesellschaftliche Chaos hinein, das aus dem unvermittelten Zusammenstoß der beiden Ordnungen resultierte“¹¹⁴⁾.

Welche Wege standen nun Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre zur Lösung der Krise offen? Sohn-Rethel läßt keinen Zweifel daran, daß die durch das „Dilemma der Rationalisierung“ hervorgerufene Krise in der Endphase der Weimarer Republik „die tragenden materiellen Elemente einer sozialistischen Produktionsweise im Schoße des Kapitalismus“¹¹⁵⁾ sichtbar machte. Hätte die Arbeiterbewegung an die systemsprengende Dialektik, die die kapitalistische Entfaltung der Produktivkräfte selber aus sich hervortrieb, erfolgreich anknüpfen können, so wäre „der Kapitalismus damals überwunden und beseitigt“¹¹⁶⁾ worden. „Aber wenn die

Mächte versagen, die ihm auf dem politischen Wege der sozialen Revolution in seiner Existenzkrise den Garaus machen könnten, so muß die anonyme Kausalität des Verhängnisses ihren Gang nehmen und ihre mörderischen Konsequenzen gebären“¹¹⁷⁾. Dadurch nämlich, daß „seine metakapitalistischen oder, sagen wir, sozialistoiden Elemente in die Bedingungen des Kapitalismus eingeschlossen“¹¹⁸⁾ blieben, wurde dessen Krise in Deutschland in seinem eigenen Sinne gelöst, indem er „aus dem Geleise der ökonomischen Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums“ herausprang „und die Bahn der Vernichtungsökonomie“¹¹⁹⁾ einschlug.

Diese Transformation wird von Sohn-Rethel mit dem Übergang von der relativen zur absoluten Mehrwertproduktion erklärt. Die relative Mehrwertproduktion ist dadurch charakterisiert, daß sie Waren erzeugt, die strukturell an den Absatz auf dem Markt gebunden sind und damit zugleich an die konsumtive Kaufkraft. Demgegenüber ist die absolute Mehrwertproduktion mit der Erzeugung eines Mehrprodukts verklammert, „das in seiner Endgestalt zu seiner Verwertung nicht auf den Markt, d. h. in letzter Instanz auf eine Steigerung der konsumtiven Kaufkraft, angewiesen wäre. Das Mehrprodukt muß vielmehr durch seinen Verkauf (an den Staat) aus dem Markt herausfallen oder darf durch seinen Verkauf auf dem Markt höchstens an die Stelle von konsumbezogenen Waren treten, die inzwischen ausfallen.“¹²⁰⁾

Daß die absolute, im Gegensatz zur relativen, Mehrwertproduktion nicht im Rahmen einer bürgerlich-pluralistischen Demokratie realisiert werden kann, liegt auf der Hand, zumal für sie die terroristische Ausschaltung der Organisationen der Arbeiterbewegung *conditio sine qua non* ist. Die aus der absoluten Mehrwertproduktion resultierende Möglichkeit, unabhängig von der Marktlage, d. h. nichtreproduktive Güter vor allem in Form von Rüstungsmaterial, zu erzeugen, bedarf vielmehr „einer Staatsmacht, die die Bezahlung für solche Produktion der Bevölkerung aufzwingt“¹²¹⁾. Damit ist die Funktion des Faschismus für das kapitalistische System in der Sicht Sohn-Rethels bestimmt: Nachdem es der Arbeiterbewegung nicht gelang, die vom Kapitalismus selber hervorgebrachten und auf dessen Überwindung angelegten materiellen Elemente für die Etablierung des Sozialismus

¹¹³⁾ Sohn-Rethel, a. a. O., S. 49.

¹¹⁴⁾ A. a. O., S. 46.

¹¹⁵⁾ A. a. O., S. 52.

¹¹⁶⁾ Ebd.

¹¹⁷⁾ A. a. O., S. 188.

¹¹⁸⁾ A. a. O., S. 52.

¹¹⁹⁾ A. a. O., S. 183.

¹²⁰⁾ Sohn-Rethel, a. a. O., S. 175.

¹²¹⁾ A. a. O., S. 50.

zu nutzen, mußte der Faschismus im kapitalistischen Kontext die Akkumulationsrate mit terroristischen Mitteln steigern und komplementär dazu die Konsumtionsrate gewaltsam niederhalten¹²²⁾. Da am kapitalistischen System in Deutschland festgehalten wurde, gab es Sohn-Rethel zufolge zur absoluten Mehrwertproduktion und damit zum Faschismus keine Alternative: Der Übergang zur „Vernichtungsökonomie“ wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn „die einseitig in den Händen der drei großen Demokratien monopolisierte Weltreserve an Investitionskapital“ ihre Funktion „international erfüllt“¹²³⁾ hätte, nämlich Investitionskredite in die übrige Welt auszustrahlen. Dies sei aber seit 1931 nicht mehr der Fall gewesen.

Andererseits betont auch Sohn-Rethel, daß die deutsche ‚Monopolbourgeoisie‘ ihre eigene ‚Faschisierung‘ keineswegs einheitlich vollzog. In den für diesen Prozeß entscheidenden Jahren 1931 und 1932 sei die deutsche Großindustrie deutlich in zwei Lager gespalten gewesen. Die eine Fraktion, gewöhnlich unter den Begriff „Exportindustrie“ subsumiert, habe sich im sog. Brüning-Lager politisch organisiert; die andere Gruppe, die sog. Autarkisten, schloß sich politisch im „Harzburger Lager“ zusammen. Obwohl beide Fraktionen ökonomisch ein identisches Ziel verfolgten, nämlich die Expansion auf dem Weltmarkt, unterschieden sie sich eindeutig in der Wahl ihrer Methoden. Die neuen Industrien nämlich strebten einen Ausweg aus der Krise auf der Grundlage der relativen Mehrwertproduktion an, weil sie aufgrund eigener Monopolstellungen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt durchaus gewachsen waren. Demgegenüber war die Montanindustrie von der Weltwirtschaftskrise einerseits und der selbst-erzeugten Rationalisierungskrise andererseits so stark getroffen, daß sie nur in einer entschlossenen Politik der Aufrüstung eine Lösung ihrer Probleme sah.

Wenn dem aber so ist, muß die Frage beantwortet werden, wie es kam, daß die ökonomisch stärkere Gruppe, nämlich das Brüning-Lager, politisch der wirtschaftlich bankrotten Fraktion der Harzburger Front unterlag. Sohn-Rethel nennt zwei Ursachen für diese Entwicklung: Die Politik des Brüning-Lagers, mit traditionellen Mitteln der Wirtschaftskrise Herr zu werden, mußte scheitern, weil sie kurzfristig keine Lösung anzubieten hatte, wie sie mit dem Problem der etwa sieben Millionen Arbeitslosen fertig

zu werden gedachte. Außerdem war „Deutschland als Schuldnerland für eine erneute marktökonomische Prosperität auch auf einen erneuten ausländischen Kapitalstrom angewiesen . . . , wofür . . . für absehbare Zeit kaum Aussicht bestand“¹²⁴⁾. Für beide Probleme aber hatte die Harzburger Front mit ihrem Konzept der Aufrüstung eine kurzfristig wirksame politische Antwort. Unter dieser Voraussetzung ist es in der Tat plausibel, wenn Sohn-Rethel das Fazit zieht, „daß die ökonomisch intakten Teile der deutschen Wirtschaft politisch paralysiert waren und nur die ökonomisch paralysierten Teile politische Bewegungsfreiheit besaßen. Und von dieser Bewegungsfreiheit wurde von allen defizitären Elementen nachhaltiger Gebrauch gemacht.“¹²⁵⁾ Ihr politischer Handlungsspielraum wurde im übrigen noch dadurch erweitert, daß auch die neuen Industrien die defizitären Branchen „nicht in Liquidation gehen lassen“ konnten, „weil dieses Defizit so groß war, daß seine Aufrechnung aus Gründen der Kapitalverflechtung und der politischen Gefahr der Arbeitslosigkeit etc. für sie untragbar war, die Gesamtherrschaft der Klasse aufs Spiel gesetzt hätte“¹²⁶⁾.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Sohn-Rethel bemerkenswerte analytische Perspektiven aufreißt, die das Verhältnis zwischen der Großindustrie und der Etablierung des faschistischen Herrschaftssystems in strukturellen Zusammenhängen begreift, ohne einer ökonomischen Monokausalität oder einer personalisierenden Apologie das Wort zu reden. Indem Sohn-Rethel konsequent das analytische Zentrum seiner Untersuchung in den Reproduktionsschwierigkeiten des deutschen Kapitalismus lokalisiert und von hier aus die politische Differenzierung innerhalb der herrschenden Klasse interpretiert, unterscheidet er sich in zwei wesentlichen Aspekten von der sowjetmarxistischen Interpretation: Einerseits deutet er im Unterschied zu dieser die einzelnen Monopolgruppen keineswegs als reine Machtgebilde, deren Politik mit kriminalistischem Scharfsinn in ihrer Motivation und Auswirkung zu rekonstruieren wäre. Andererseits korrigiert Sohn-Rethel die Komintern-Definition des Faschismus in einem entscheidenden Punkt. Im Gegensatz zu dieser kommt er nämlich, wie dargelegt, zu dem Resultat, daß der Faschismus keineswegs als „die obere Vollendung des Finanzkapitalismus“ angesehen werden kann; denn „er ist im Gegenteil — in der vorigen Krise — bei

¹²²⁾ A. a. O., S. 175.

¹²³⁾ A. a. O., S. 121.

¹²⁴⁾ A. a. O., S. 69.

¹²⁵⁾ Ebd.

¹²⁶⁾ A. a. O., S. 174.

dem (durch Kriegsverlust, Enteignung des Auslandskapitals und Reparationen) schwächsten Kettenglied des Weltkapitalismus und in ihm wiederum von den ökonomisch schwächsten Teilen der Bourgeoisie herbeigeführt worden" ¹²⁷⁾.

2. Wirtschaft und Politik im faschistischen Herrschaftssystem

Die Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik unter den Bedingungen des Faschismus an der Macht, wie sie trotz aller Differenzen und kontroversen Deutungen in den hier vorzustellenden Arbeiten vorgenommen wird, versucht sowohl die Fehler der sog. identifizierenden Totalitarismus-Theorie als auch die der im Zeichen der Dimitroff-Definition des Faschismus stehenden Analysen der sowjetmarxistischen Historiographie zu vermeiden. Für sie stellt sich das Verhältnis von Großindustrie und faschistischem Herrschaftsapparat nicht als eine statische Zuordnung dar, innerhalb derer einer der beiden Pole a priori die eindeutige Dominanz innehatte, sondern als Prozeß einer zunehmenden Verselbständigung der von den Faschisten kontrollierten Exekutive, dessen Verlauf in schwerwiegenden Strukturänderungen der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands nach 1933 gesehen wird.

Der analytische Rahmen dieser Untersuchungen läßt sich vielleicht am besten mit dem Hinweis charakterisieren, daß in ihm die Großindustrie von vornherein weder als ein gleichgeschalteter gesellschaftlicher Bereich neben vielen anderen erscheint noch als bloßer Auftraggeber „an seinen NS-Faschismus“ (Eichholtz). Dabei liegt allen hier referierten Positionen die Annahme zugrunde, daß sich ab 1936 ein eindeutiger Primat des Politischen herausgebildet habe, der eine Eigendynamik entwickelte, die tendenziell den Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bzw. ihres Staates sprengte oder zu sprengen drohte. Während freilich Schweitzer und Petzina den „Primat des Politischen“ auf der Grundlage eines konflikttheoretisch orientierten Pluralismuskonzepts zu interpretieren versuchen, indem sie die Konkurrenz der Machtblöcke im Dritten Reich „als Ausdruck Hitlerscher ‚divide-et-impera‘-Strategie“ (Hennig) begreifen, nähern sich Mason, Sohn-Rethel und Schäfer ^{127a)} mehr den Positionen an, wie sie

von F. L. Neumann im „Behemoth“ ¹²⁸⁾ und von E. Fraenkel im „Dual State“ ¹²⁹⁾ in den dreißiger bzw. vierziger Jahren entwickelt wurden: Das antagonistische Nebeneinander von NSDAP, Industrie, Militär und SS wird im Zusammenhang mit den Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitalismus in Deutschland nach 1933 interpretiert und gedeutet.

Für die erste Variante des „Primats des Politischen“ ist Arthur Schweitzers Untersuchung über „Big Business in the Third Reich“ charakteristisch. Schweitzer geht davon aus, daß bis zum Vierjahresplan im Jahre 1936 ein Machtgleichgewicht bestand, das auf einer Koalition zwischen Nationalsozialisten (NSDAP und SS) einerseits und *Big Business* und Wehrmacht andererseits bestand. Diese Allianz war freilich bis zum sog. Röhm-Putsch am 30. Juni 1934 nicht ungefährdet: Sie mußte erst gegen die intransigenten Vertreter des „Mittelstandssozialismus“ durchgesetzt werden, die eine korporative Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems forderten. Um die Koalition mit dem *Big Business* zu ermöglichen, gegen das diese Bestrebungen gerichtet war, kam es zu einer Spaltung innerhalb der NSDAP, die durch eine nachfolgende Säuberung, der die SA-Spitzen zum Opfer fielen, beseitigt wurde. Die Ziele dieser Allianz, so Schweitzer, wurden bis 1936 im großen und ganzen erreicht: die militärische Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Großmächten, die politische und ökonomische Autonomie in Verbindung mit militärischer Aufrüstung und wirtschaftlicher Rekonstruktion sowie die Stärkung der kapitalistischen Institutionen. Die aus dieser Koalition resultierende Machtstruktur ist Schweitzer zufolge durch vier Machtblöcke charakterisiert, nämlich NSDAP, SS, Wirtschaft und Wehrmacht: eine Konstellation, die er als „quadri-partite society“ bezeichnet. Jeder Block habe über eine spezifische Einflußsphäre verfügt, die er nahezu uneingeschränkt kontrollierte, auch wenn sich diese Sphären partiell überlappten. Die Großindustrie bewahrte die völlige Autonomie in ihrem Bereich, hatte aber kaum Einfluß auf die

¹²⁸⁾ Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933—1944, New York and Evanston 1966.

¹²⁹⁾ Ernst Fraenkel, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York, London, Toronto 1941. Es sei auch auf die erste Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen, die das Verhältnis der sozialökonomisch herrschenden Gruppen zum Nationalsozialismus thematisiert, nämlich Charles Bettelheim, L'économie allemande sous le nazisme. Un aspect de la décadence du capitalisme, Paris 1946.

¹²⁷⁾ Ebd.

^{127a)} Gert Schäfer, Ökonomische Bedingungen des Faschismus in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15 (1970) S. 1257—1267.

Landwirtschaft. Gleichfalls mußte sie den starken Einfluß der Generäle auf die Waffenherstellung akzeptieren. Umgekehrt beherrschten die Generäle den Verwaltungs- und Befehlsapparat der Armee, übten aber nur eine begrenzte Kontrolle über die Luftwaffe und die wenigen Regimenter der SS aus. Demgegenüber hatte die NSDAP den Primat im politischen und ideologischen Bereich, den Informations- und Erziehungssektor natürlich eingeschlossen. Gleichzeitig sah sie sich aber gezwungen, den Kompetenzbereich der militärischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung bzw. deren Politik in diesen Bereichen zu respektieren.

Angesichts dieser „Bestandsaufnahme“ der frühen Phase des NS-Regimes kommt Schweitzer zu dem Schluß, daß die sog. Totalitarismustheorie, die das nationalsozialistische Einparteienregime mit der unbeschränkten Herrschaft über alle Sektoren der Gesellschaft gleichstellt, zumindest für diese Phase nicht zutreffend ist: Sie wird von Schweitzer denn auch im Gegensatz zum „full facism“ als „partial facism“ bezeichnet. Dieser unterscheidet sich von jenem dadurch, daß in seinem Rahmen die Nationalsozialisten, wollten sie die politische Macht erlangen und behaupten, gezwungen waren, die Autonomie der alten herrschenden Klasse weitgehend zu respektieren. Entscheidend ist nun, daß Schweitzer zufolge nach 1936, als alle selbst gestellten Ziele dieser Koalition verwirklicht waren, das dem „partial facism“ zugrunde liegende Machtgleichgewicht zusammenbrach, weil es der NSDAP gelang, zuerst *Big Business*, dann das Militär zu spalten. Der äußere Auslöser dieser „splits“ war, so Schweitzer, die Außenhandelskrise von 1936. Weder die rivalisierenden Monopole noch die Parteiführer und Generäle konnten eine Lösung anbieten, die geeignet gewesen wäre, die Krise auf der Grundlage der alten Koalition beizulegen. Während ein Teil von *Big Business* unter der Führung der IG Farben für einen stärkeren Ausbau der synthetischen Produktion optierte und hierin von den Nationalsozialisten unterstützt wurde, forderten Teile der Schwerindustrie und der Militärs eine Intensivierung des Stahlexports. „The split within business thus centered in the issue of whether expansion should be used to create new markets at home or abroad — of whether a policy of economic imperialism should be set up immediately or only after the building up of synthetic industries at home“¹³⁰⁾. Genau so wichtig aber ist die politische Dimension die-

ser Spaltung: *Big Business* verlor seinen kollektiven Konsens gegenüber der NSDAP und konnte in der Krise nur noch auf Lösungsmöglichkeiten reagieren, die von anderen vorgetragen wurden. Zusammenfassend sieht Schweitzer den Zusammenbruch der ursprünglichen Allianz durch folgende Stufen charakterisiert: 1. Die Spaltung innerhalb der Großindustrie hinderte diese daran, ihre ökonomische Macht in Politik umzusetzen; 2. die gleichzeitige Entfremdung zwischen den Generälen und den Spitzen der Großindustrie machte es beiden Gruppen unmöglich, eine gemeinsame Militär- und Wirtschaftspolitik zu betreiben; 3. die Spaltung der Wehrmacht in zwei Fraktionen, nämlich in die Gruppe der Traditionalisten und die der Kolaborateure, paralyisierte die Armee so sehr, daß sie dem „challenge“ der „von Fritsch-Affäre“^{130a)} nicht effektiv begegnen konnte. „The ultimate effect of these events“, so resümiert Schweitzer, „was undoubtedly to prepare the way for the Nazis' seizure first of the economic and then of the military leadership of the country“¹³¹⁾.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß Schweitzer einer der ersten Nachkriegsautoren in der westlichen Welt war, der die These entwickelte, die sog. „Gleichschaltung“ ab 1933 durch die Nationalsozialisten könne keineswegs identifiziert werden mit der Etablierung eines monolithischen Herrschaftssystems, das die Durchsetzung gesellschaftlicher Partikularinteressen, wie etwa die der Großindustrie, per se unmöglich machte. Ungeachtet der Verdienste der Analyse Schweitzers, ist diese These jedoch im Hinblick auf ihre konkrete Ausführung zu Recht kritisiert worden. Seine Konzeption der „quadripartite society“, die auf eine Vergrößerung von

^{130a)} Schweitzer zufolge verlief die Spaltung der Armee in zwei Phasen, die durch die sog. „Blomberg-Affäre“ und die „von Fritsch-Affäre“ zu etikettieren sind. Blomberg heiratete bekanntlich seine Sekretärin, ohne sich hinreichend über das Vorleben seiner zukünftigen Frau informiert zu haben: sie wurde bald nach der Hochzeit von der regulären Polizei als eine „Dame mit Vergangenheit“ identifiziert. Dies wiederum betrachteten die Spitzen der Armee als eine Beleidigung der Ehre und Tradition des Offizier-Korps. Den Traditionalisten der Armee gelang es dann auch, Blombergs Entlassung als Kriegsminister durchzusetzen. Dieser legte seinerseits, um sich zu rächen, Hitler nahe, das Amt des Kriegsministers abzuschaffen und die Verwaltung dieses Ministeriums selbst auszuüben. Nachdem die Nazis sahen, wie leicht es war, Generäle durch den Angriff auf ihre persönliche Ehre ihrer Posten zu entheben, wandten sie erfolgreich die Taktik des Charaktermordes auf von Fritsch an, indem sie ihn der Homosexualität bezichtigten. Vgl. hierzu Schweitzer, a. a. O., S. 548 ff.

¹³¹⁾ A. a. O., S. 552.

¹³⁰⁾ Schweitzer, a. a. O., S. 539 f.

Fraenkels „Dual State“ hinauslaufe, so argumentiert z. B. Radkau, könnte bestenfalls als Hilfskonstruktion, nicht aber als Ersatz für eine eingehende Darstellung gelten. Wenn Schweitzer beispielsweise im Sinne seines Modells „einen tiefen Graben“ zwischen Armee und Großindustrie einerseits und NS-Bewegung und SS andererseits konstruiere, so laufe seine Konzeption am Ende auf eine subtile Entnazifizierung der Oberschicht hinaus.

In der Tat ist eine deutliche Ambivalenz in der Einschätzung der alten Eliten im Rahmen der Analyse Schweitzers nicht zu übersehen. Einerseits betont er, wie bereits dargelegt, die aktive Schuld der deutschen Oberschicht an der Machtergreifung Hitlers, andererseits vertritt er jedoch die These, die deutschen Kapitalisten hätten sich gegen den Terror des Nationalsozialismus dadurch geschützt, daß sie deren Anführer in Sold nahmen. Demgegenüber muß allerdings gefragt werden, ob „die NS-Bewegung von außen in die Welt des Privatkapitalismus hinein(brach), wie ein Nomadensturm oder eine verirrte Soldateska“¹³²⁾. Unter dieser Prämisse blende Schweitzer nicht nur die Tatsache aus, daß der Nationalsozialismus von Anfang an auch von Mitgliedern der Oberschicht unterstützt wurde, weil er mit wesentlichen Zielsetzungen derselben konform ging. Gleichzeitig überschätzte er auch im Rahmen seines Modells, innerhalb dessen er die Nationalsozialisten als einen autonomen Machtblock interpretiere, die politische Potenz der NSDAP. Die Macht des Nationalsozialismus, so Radkau, habe nicht so sehr auf der Parteiorganisation beruht, als vielmehr auf seiner Fähigkeit zur Manipulation bestehender politischer Potenzen, etwa der Bürokratie, der Wirtschaftsverbände und der Militärführung. Prinzipiell unfähig, die Gesellschaft von Grund auf neu zu formen und sich an die Stelle der bisherigen Mächte zu setzen, müsse mit Kühnl gefragt werden, ob nicht das Bündnis mit der Oberschicht für jeden Faschismus, nicht nur für den „partial facism“, konstitutiv sei¹³³⁾.

Damit ist übergeleitet zu Schweitzers problematischer idealtypischer „Unterscheidung“ zwischen „partial facism“ und „full facism“. Auf methodologischer Ebene wird gegen sie eingewandt, daß sie im Grunde eine willkürliche Differenzierung darstelle: „statt aus den empirischen Phänomenen Idealtypen zu ent-

wickeln, wird hier die Wirklichkeit als unvollkommene Realisierung eines vorgefaßten Idealtypus von ‚Faschismus‘ charakterisiert, ohne ausführlich darauf einzugehen, woher dieser Idealtypus bezogen ist, ob aus der späteren Entwicklung NS-Deutschlands oder aus anderen faschistischen Staaten“¹³⁴⁾. Außerdem beruht, wie ein anderer Kritiker hervorhebt, die Unterscheidung von „partial facism“ und „full facism“ auf einer problematischen Annahme: der Hypothese nämlich, daß organisierter Kapitalismus und „partial facism“ nebeneinander hätten existieren können. Eben dieser Schluß aber erscheint problematisch, zumal vieles dafür spricht, daß die Koalition ab 1936 nicht trotz, wie Schweitzer annimmt, sondern wegen der Erfüllung ihrer Ziele zusammenbrach.

In dem Maße, wie Schweitzer in diesem Zusammenhang von der sich verändernden Interessenkonstellation innerhalb der Oberschicht abstrahiert, versucht er die Machterweiterung der Nationalsozialisten ab 1936 personalisierend zu deuten: „if the German upper class had developed leaders with the necessary will and organizational ability to defend their position of power effectively against the Nazis“¹³⁵⁾, hätte der „partial facism“ sich angeblich durchhalten können. Demgegenüber muß allerdings gefragt werden, ob der umgekehrte Schluß nicht näher liegt: „Die während des Booms bis 1936 vereinten divergierenden Interessen des Kapitals mußten notwendig bei Erreichung der Vollbeschäftigung, Ausnutzung aller Kapazitäten und der durch eine ausschließlich auf Rüstung orientierte Politik entstandenen Krise auseinanderfallen und so der Partei die Chance weiterer Machtkonzentration bieten.“¹³⁶⁾ Mit anderen Worten: Träfe dies zu, so hätte Schacht als anerkannter „Führer“ von *Big Business* durch seine Politik bis 1936 selbst die Voraussetzungen für seinen eigenen Sturz geschaffen.

Auch für Dieter Petzina ist die entscheidende Zäsur für die Umorientierung des Verhältnisses von Großindustrie und Nationalsozialismus das Jahr 1936. Vor diesem Zeitpunkt sei die Entscheidung, ob Wiedereingliederung in den Weltmarkt oder Autarkiekurs, nicht notwendig gewesen. „Erst die auftretenden Engpässe bei industriellen Kapazitäten und Produktionsfaktoren ließen bei dem gegebenen Ziel schneller Aufrüstung den wirtschaftspolitischen Kurs zum Problem werden. Die Strategie

¹³⁴⁾ Ebd.

¹³⁵⁾ Schweitzer, a. a. O., S. 555 f.

¹³⁶⁾ Bernhard Blanke, Rezension Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, a. a. O., in: *Das Argument* Nr. 32 (1965), S. 44.

¹³²⁾ Radkau, *Nationalsozialismus und Wirtschaft*, a. a. O., S. 265.

¹³³⁾ A. a. O., S. 266.

militärischer Expansion, verbunden mit einer schweren Außenhandelskrise im Sommer 1936, ließ die Parteiführung sich für die Konzeption der wirtschaftlichen Autarkisierung entscheiden.“¹³⁷⁾ Wichtig für diese Umorientierung sei es gewesen, daß „die politischen Interessen der nationalsozialistischen Führung an innerer Militarisierung und wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung . . . mit dem Interesse eines gewichtigen und schließlich des stärksten und einflußreichsten Teils der deutschen Wirtschaft am Aufbau einer neuen profitablen Industrie und an der Einflußnahme auf die staatliche Wirtschaftspolitik“¹³⁸⁾ zusammenfielen. Diese Koalition habe, worauf schon Schweitzer hinwies, die Großindustrie in zwei rivalisierende Flügel gespalten, nämlich die Schwer- und Montanindustrie auf der einen und die Chemie- und Elektroindustrie, die im Rahmen des Vierjahresplanes dominierten, auf der anderen Seite. Damit sei zugleich ein entscheidender Wandel eingetreten, weil „vorher trotz verschiedener Einzelinteressen doch insofern eine einheitliche Front innerhalb der Privatwirtschaft vorhanden gewesen war, als man versucht hatte, gemeinsam seinen Einfluß innerhalb des Staates und der Gesellschaft zu erhalten“¹³⁹⁾. Die Spaltung der Wirtschaft, so lautet Petzinas zentrale These, ermöglichte es der nationalsozialistischen Führung, mit Hilfe der mit der staatlichen Wirtschaftsleitung kooperierenden Teile vor allem der Großindustrie ihren Einfluß auf die Gesamtwirtschaft zu verstärken. Auch gelang es ihr schließlich, die Wehrmachtsstäbe aus der Wirtschaftspolitik herauszudrängen.

Petzina zufolge reflektierte sich dieser Prozeß in der Organisation und personellen Struktur des Vierjahresplanes. Wie nämlich einerseits unter Mißachtung deutscher Verwaltungstraditionen Industrievertreter wichtige Amtsträger der Wirtschaftspolitik wurden und sich die Unternehmeraktivität insgesamt zu einer quasi-öffentlichen Aufgabe entwickelte — wie dies insbesondere bei den IG Farben der Fall gewesen sei —, so führte andererseits „die personelle und sachliche Verschmelzung industrieller und staatlicher Bereiche . . . zu einer Durchdringung der Wirtschaftspolitik“¹⁴⁰⁾. Es erfolgte also deren Privatisierung „zugunsten großer Monopolgruppen, so daß der Staat in zweifacher Hinsicht — von seiten des Regimes und von seiten der Großunternehmer — zersetzt und von einzelnen Macht-

gruppen usurpiert werden konnte“¹⁴¹⁾. Ohne die liberale Marktwirtschaft völlig zu verdrängen, könne man das vom Vierjahresplan geprägte Wirtschaftssystem als „staatliche Kommandowirtschaft“ bezeichnen, sofern man sich bewußt ist, „daß ‚der Staat‘ sich in dem vom Vierjahresplan beherrschten Bereich der Wirtschaftspolitik qualitativ geändert hatte und mehr dieser geschilderten Allianz des Regimes mit Teilen der Großindustrie“ als „der herkömmlichen Hoheitssphäre gleich“¹⁴²⁾.

Unbestritten ist, daß es Petzina gelingt, wertvolle Einblicke in die Struktur jenes Prozesses zu vermitteln, der sich in Richtung auf die stufenweise Auflösung des bürgerlichen Staates bewegt. Gleichwohl krankt seine Arbeit daran, daß in ihr die Wirtschaft „in erster Linie aus der Perspektive des Politikers, des Generals oder des Beamten gesehen (wird), die die Prozesse zu beeinflussen suchten. Die Prozesse selber dagegen kommen viel zu kurz. Markt und Wettbewerb als Organisationsprinzipien der deutschen Wirtschaft in diesen Jahren, die erstrebte Regelung beider durch die Industrie selber, das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher sowie politischer Expansion beispielsweise werden nicht eingehend erörtert; darum werden auch die politischen Einflußnahmen auf die Wirtschaft implizit überschätzt. Alle wissenschaftliche Aufmerksamkeit gilt den Lenkungsmaßnahmen, wenig Beachtung hingegen dem ungemein dynamischen Prozeß des öffentlichen Lebens selbst, der gelenkt werden soll: der deutschen Wirtschaft.“¹⁴³⁾

Demgegenüber versucht Tim Mason jene nach 1936 einsetzende Auflösungstendenz der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates gerade in ihrer Prozeßhaftigkeit zu analysieren. Daß er dies im Rahmen einer marxistisch orientierten Konzeption versucht, dürfte ebensowenig ein Zufall sein wie die Tatsache, daß diese vom Untersuchungsgegenstand selber gesprengt wird. Das Phänomen, das es Mason zufolge zu erklären gilt, sei nämlich „einmalig in der ganzen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Regierungen seit der industriellen Revolution“, daß nämlich „die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderliefe“¹⁴⁴⁾.

¹³⁷⁾ Petzina, Hitler und die deutsche Industrie, a. a. O., S. 489.

¹³⁸⁾ Petzina, Autarkiepolitik, a. a. O., S. 196.

¹³⁹⁾ Ebd.

¹⁴⁰⁾ A. a. O., S. 197.

¹⁴¹⁾ Ebd.

¹⁴²⁾ Ebd.

¹⁴³⁾ Mason, Zur politischen Relevanz, a. a. O., S. 34 f.

¹⁴⁴⁾ Mason, Der Primat der Politik, a. a. O., S. 474.

Worauf kann nun nach der Etablierung des faschistischen Herrschaftssystems der sich fortsetzende Verselbständigungsprozeß des Politischen zurückgeführt werden? Genau so, wie „die Machtergreifung des Nationalsozialismus... auf eine unvermeidliche Zersplitterung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zurückzuführen (ist)“, beruhte nach Mason „der Primat der Politik in seiner ausgereiften Form... auf einer erneuten Zersplitterung in den Jahren 1936—1938“¹⁴⁵). Der mit dem Vierjahresplan einsetzende Strukturwandel der Wirtschaft habe sowohl einen permanenten Mangel an Rohstoffen als auch an Arbeitskräften zur Folge gehabt. Infolge des nun einsetzenden hemmungslosen Wettbewerbs zwischen den Firmen sei der kollektive Konsens der Großindustrie endgültig verlorengegangen: Die im Rahmen des Vierjahresplanes erfolgte Spaltung betriebswirtschaftlicher Natur zwischen den für die Aufrüstung und den für den Export bzw. den Konsum produzierenden Firmen habe das Ende der geschlossenen Interessenvertretung des deutschen Kapitals eingeleitet. Was es von nun an noch gab, so Mason, seien Sonderinteressen von Firmen bzw. von Wirtschaftszweigen gewesen. In dem Maße, wie auf diese Weise die besitzende Klasse den Sinn für ihr kollektives Interesse verlor, wurde die öffentliche Hand der Interpret des Interesses der Wirtschaft, das heißt, das nationalsozialistische Regime, das sich seinerseits die Zustimmung der Arbeiterschaft zum System durch höhere Löhne erkaufte.

Der Primat der Politik, in dessen Rahmen die Kompetenz der Wirtschaft eindeutig auf das „wie“ beschränkt war, reflektiere sich nicht zuletzt in der spezifischen Struktur des faschistischen Imperialismus, der sich in zwei wesentlichen Punkten von früheren imperialistischen Expansionen unterschieden habe: Einerseits sei der wirtschaftliche Bedarf, der durch ihn befriedigt werden sollte, „keineswegs autonomwirtschaftlicher Natur (etwa fehlende Absatz- oder Investitionsmöglichkeiten), sondern politisch stark bedingt gewesen“¹⁴⁶). Erst die forcierte Aufrüstung der Jahre 1936—39 habe den Fehlbedarf an

grundsätzlichen Produktionselementen verursacht, „der wiederum durch den Krieg verstärkt wurde, gleichzeitig aber auf brutalste Art und Weise befriedigt werden konnte“¹⁴⁷). Andererseits habe es weder konkrete Kriegsziele gegeben noch ein Konzept einer neuen imperialistischen Ordnung Europas, „das sich auf die Bedürfnisse der Wirtschaft stützte — es wurde einfach geplündert, damit der Krieg weitergeführt werden konnte“¹⁴⁸).

Im Gegensatz zu der Einschätzung der sowjetmarxistischen Autoren geht Mason also davon aus, daß dem staatsmonopolistischen Kapitalismus unter dem Faschismus keine Garantie seiner Selbsterhaltung gegeben sei: wie gerade Hitlers Vabanquepolitik zeige, fehle dieser, obwohl zeitweise für die Industrie ertragreich, auch nur der mittelbare Bezug zu den Erfordernissen der gesellschaftlichen Reproduktion. Wenn deren Sicherung erst im größeren gesamtgesellschaftlichen und politischen Rahmen geleistet werden könne, greife die von der sowjetmarxistischen Interpretation betriebene immanente Analyse der staatsmonopolistischen Mechanismen unter dem Faschismus zu kurz, selbst wenn ein enges kausales Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und außenpolitischen Konzeptionen zwischen 1933 und 1941 oder eine Vorrangstellung der Wirtschaft in der nationalsozialistischen Okkupation feststellbar sei. Ebenso wenig wie behauptet werden könne, der zweckrationale Imperialismus allein sei imstande, sich historisch durchzuhalten, könne geleugnet werden, daß in der konkreten Situation Deutschlands Ende der dreißiger Jahre eine vorsichtiger Politik den imperialistischen Interessen lang- als auch kurzfristig besser gedient hätte. Unter dieser Voraussetzung müsse sich jede marxistische Analyse der Frage stellen, wieso Hitlers Vabanquepolitik überhaupt möglich wurde; „und diese Fragen weisen wiederum auf den gesellschaftlichen Rahmen zurück, auf die Bedingungen, unter denen die Monopole sich durchzusetzen hatten, auf die Herrschaftsform des Nationalsozialismus“¹⁴⁹).

¹⁴⁷) Ebd.

¹⁴⁸) Ebd.

¹⁴⁹) Tim Mason, Primat der Industrie? — Eine Erwiderung, in: Das Argument Nr. 47 (1968), S. 197.

¹⁴⁵) A. a. O., S. 490.

¹⁴⁶) A. a. O., S. 489.

Avraham Barkai: Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/75, S. 3—16

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik kann nach Ansicht des Verfassers als bloße Improvisation oder gelungenes „Schacht-Experiment“ nicht voll erfaßt werden. Die NSDAP hatte bei der Machtergreifung zwar keine eigenen detaillierten Programme zur Verfügung, besaß aber eine klar definierte und ideologisch bestimmte Wirtschaftsauffassung, die sich besonders ab 1930 herausbildete. Hauptelemente dieser Auffassung sind: „Primat der Politik“, der die untergeordnet-dienende Stellung der Wirtschaft und deren staatliche Dirigierung bestimmte, „Recht auf Arbeit“ als Postulat der Vollbeschäftigung und „Lebensraum“, nicht nur als machtpolitisches Ziel, sondern auch als Zukunftsideal eines vornehmlich auf landwirtschaftlicher Selbstversorgung aufgebauten wirtschaftlichen Großraums. Diese Grundkonzepte machten die NSDAP für die in der Krisensituation entstandenen wirtschaftstheoretischen Ansichten unorthodoxer „Reformer“kreise und ihre Vorschläge für eine Krisenbekämpfung durch öffentliche Arbeiten und deren Finanzierung durch deficit-spending (Staatsverschuldung zur Konjunkturbelebung) empfänglich. Das Zusammentreffen dieser theoretischen Vorarbeiten mit der ideologisch bedingten Staats- und Wirtschaftsauffassung der NSDAP war bestimmend für die praktische Wirtschaftspolitik nach 1933, zumindest für deren erste Phasen.

Richard Saage: Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Industrie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/75, S. 17—39

Der Verfasser diskutiert in seinem Bericht vor allem sozialgeschichtlich orientierte Arbeiten über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Industrie, ohne von dem theoretischen Rahmen, den sie bewußt oder unbewußt unterstellen, zu abstrahieren. Im einzelnen stellt er exemplarisch drei Forschungsrichtungen dar, in deren Umkreis sich die Faschismus-Diskussion heute zentral bewegt: Anhand der Arbeiten von Stolper, Lochner, Treue, Turner jr. und Schulz arbeitet er die Ansätze heraus, die eine systematische Beziehung zwischen Nationalsozialismus und Großindustrie leugnen. Die sowjetmarxistische Konzeption, die von einer strukturellen Identität zwischen Monopolkapital und Faschismus ausgeht, wird am Beispiel der Untersuchungen von Eichholtz, Czichon und Gossweiler rekonstruiert. Schließlich geht er ein auf die von Hallgarten, Schweitzer, Mason, Sohn-Rethel und Petzina vertretenen Ansätze, die zwar einen „Primat der Politik“ über die Wirtschaft im sog. „Dritten Reich“ behaupten, gleichzeitig aber an einem strukturellen Zusammenhang zwischen den Interessen der Großindustrie und der Errichtung bzw. Konsolidierung des faschistischen Herrschaftssystems in Deutschland festhalten.